

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Kommunalwahl Schleswig-Holstein, Die Linke: Herbe Verluste und kleine Leuchttürme – S. 3*
- *Deutsche Panzerlieferungen nach Indonesien: Fatales Signal an Jakarta – S. 7*
- *Köln/Antirassismus: Offener Brief an Phantasialand – S. 13*
- *Industrielle Prozess- und Produktionsstrukturen im Umbruch – S. 14*
- *Empörendes Urteil zu Gunsten der Arbeitgeber in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden – S. 17*

Ausgabe Nr. 6 am 6. Juni 2013, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart. stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Zensus I: Weniger als gedacht

Berliner Zeitung, 1./2. Juni. rül. Am vergangenen Freitag hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse des Zensus 2011 vorgestellt. Hauptaussage: In Deutschland leben und arbeiten weniger Menschen als gedacht. Statt 81,8 Millionen leben nur 80,2 Millionen Menschen in diesem Land. Besonders stark war die Abweichung der bisherigen Schätzzahl von der im Zensus erhobenen Zahl bei den Personen mit Migrationshintergrund, hier lagen die bisherigen Zahlen etwa 1,1 Millionen zu hoch. Warum sich Menschen mit Migrationshintergrund nicht abmelden, obwohl sie die Bundesrepublik verlassen, kann das Statistische Amt nicht erklären. Vielleicht ist es die restriktive deutsche Einwanderungspolitik, die Menschen veranlasst, sich nicht abzumelden, damit sie im Notfall leichter zurück kehren können? Ein zweiter Bereich, in dem hohe Abweichungen von den bisher vermuteten Zahlen festgestellt wurden, scheinen Städte mit hohem Anteil von Studierenden zu sein. Aachen z.B. hat 8,5 Prozent weniger Einwohner, als bisher vermutet, Mannheim 7,5 Prozent und Würzburg 6,8 Prozent weniger.

Das Ergebnis des Zensus hat erhebliche Folgen für die öffentlichen Haushalte, speziell den Länderfinanzausgleich. Berlin etwa muss nach ersten Reaktionen des Berliner Senats vermutlich fast 1 Milliarde Euro in den letzten beiden Jahren zuviel erhaltene Zahlungen in den Länderfinanzausgleich zurück zahlen, weil seine Einwohnerzahl fast 5 Prozent niedriger ist als bisher vermutet. Jährlich muss die Stadt in Zukunft fast 500 Millionen Euro weniger aus dem Länderfinanzausgleich einplanen, als bisher erwartet.

Zensus II: gescheiterte Bildung

alk. Die Zensus-Daten liegen in leicht zugänglicher Form für Jedermann im Internet vor: *ergebnisse.zensus2011.de*. So lassen sich regional gegliederte Daten als Excel-Tabelle herunterladen und stehen für eigene Auswertungen zur Verfügung. Von besonderem Interesse sind die Daten zum sozialen Status, z.B. über die erreichten Bildungsabschlüsse oder auch Berufsausbildungen. Letztere sind eigentlich besser als die Bildungsabschlüsse geeignet, Rückschlüsse über den erreichten Sozialstatus zu geben, sie sind aber leider sehr viel schwieriger zu interpretieren, wenn es darum geht, festzustellen, ob die jüngere Generation Anschluss ins Berufsleben findet oder eher scheitert. Der Grund ist, bei einem hohen Anteil an Hochschülern sagt die Zahl „18 bis 29-Jähriger ohne Berufsabschluss“ nichts darüber aus, ob eine gescheiter-

te Karriere vorliegt oder ob nur das Studium noch nicht beendet ist. Daher muss notgedrungen die Befragung zum höchsten Schulabschluss als Indiz herhalten.

Während inzwischen die Qualität des Bildungswesens von Politikern und Bildungsexperten vor allem an der Quote der Abiturienten beurteilt wird, mit Ausnahme vielleicht der Industrie- und Handelskammern, die beklagen, dass angestrebte Abiturientenquoten von 50% die duale Ausbildung zum Facharbeiter kaputt machen, soll hier der Blick auf das Scheitern der Schulkarriere gelenkt werden, also auf diejenigen, die ohne Zertifikat das Bildungswesen verlassen. Wir haben dazu aus den Zensusdaten eine exemplarische Auswahl getroffen. Neben der Zahl für den Bundesdurchschnitt habe wir bei den Stadtstaaten sowie den westlichen und den östlichen Flächenländern jeweils die Extreme, also höchste und niedrigste Werte, bei den 18 bis 29-Jährigen dargestellt. Die Zahlen in den anderen Altersklassen liefern eine Geschichte des Bildungswesens und der Sozialstruktur: der bedeutend höhere Anteil in der Altersklasse der über 65-Jährigen z.B. ist ein Indiz, dass fehlende Bildungsabschlüsse nicht unbedingt einen Ausschluss aus dem Berufsleben bedeuteten; es gab einige Berufe, bei denen Körperkraft wichtiger war als ein Zertifikat.

Die Unterschiede sind krass und nicht allein mit Faktoren wie höherer Zuwanderung und unterschiedliche Industriestruktur zu erklären. Bei den Stadtstaaten Berlin und Bremen sind die Quoten von Schulabgängern ohne Abschluss bei den Jahrgängen ab 30 Jahren in etwa gleich; bei den 18-29-Jährigen ist Bremen aber deutlich besser – was macht Bremen besser als Berlin, die politische Farbe der Regierungen kann es nicht sein. Beim Vergleich von NRW und Bayern fällt auf, dass eine hohe Abiturientenquote durchaus einhergehen kann mit vielen gescheiterten Bildungsgängen. Bayern ist neben Baden-Württemberg (2,8%) das Bundesland mit der niedrigsten Quote von jüngeren Schulabgängern ohne Abschluss, hat aber gleichzeitig die höchste Anzahl von Hauptschulabschlüssen (27,6% gegenüber 18,8% im Bundesschnitt) und die geringste Abiturientenquote unter den westlichen Bundesländern.

In den östlichen Bundesländern war die Zahl ohne Schulabschluss in den DDR-sozialisierten Jahrgängen gering; vermutlich wurde auch Menschen mit Behinderungen ein formaler Abschluss ermöglicht (Fachleute für Inklusion schätzen den Anteil von Menschen, die wegen schwerster Behinderungen nicht bildungsfähig sind auf 1,5 bis 2 Prozent des Altersjahrgangs). Bei den jüngeren Jahrgängen sind die Un-

Höchster Schulabschluss in Prozent der jeweiligen Altersklasse für ausgewählte Bundesländer (Zensus 9. Mai 2011)

	Alter	Bund	Berlin	Bremen	NRW	Bayern	Meck-P	Thür
Ohne Schulabschluss	18 - 29	3,9%	5,1%	4,4%	4,9%	2,9%	4,2%	2,8%
	30 - 49	4,5%	6,3%	6,3%	6,5%	3,6%	2,2%	1,7%
	50 - 64	4,8%	6,8%	7,2%	7,1%	3,9%	2,6%	1,4%
	65 und älter	6,3%	6,9%	6,9%	7,5%	6,4%	7,6%	3,8%
Haupt-/Volksschulabschluss	18 - 29	18,8%	12,6%	12,9%	17,5%	27,6%	18,3%	14,9%
	30 - 49	24,1%	11,5%	20,2%	25,0%	35,6%	11,6%	10,7%
	50 - 64	39,6%	19,7%	37,4%	45,6%	50,0%	17,1%	16,9%
	65 und älter	63,9%	46,3%	57,2%	66,1%	65,6%	58,3%	65,0%
Mittlere Reife oder gleichwertiger Abschluss	18 - 29	37,6%	32,1%	34,1%	34,0%	33,6%	47,6%	45,0%
	30 - 49	35,1%	34,2%	31,2%	27,7%	27,2%	61,9%	62,3%
	50 - 64	29,1%	35,4%	23,0%	19,7%	22,1%	56,0%	56,9%
	65 und älter	14,4%	20,1%	20,1%	12,2%	14,1%	14,2%	13,5%
Hochschul-/Fachhochschulreife (Abitur/Fachabitur)	18 - 29	39,7%	50,2%	48,6%	43,5%	35,8%	29,9%	37,4%
	30 - 49	36,2%	47,9%	42,3%	40,8%	33,6%	24,3%	25,2%
	50 - 64	26,6%	38,2%	32,4%	27,6%	24,0%	24,3%	24,8%
	65 und älter	15,5%	26,8%	15,9%	14,2%	14,0%	19,9%	17,6%

Lesebeispiel: 3,9% der 18- bis 29-Jährigen in der Bundesrepublik hatten am Stichtag 9. Mai 2011 keinen Schulabschluss, 18,8% einen Haupt-/Volksschulabschluss, 37,6% die Mittlere Reife und 39,7% Abitur. © Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2013, eigene Berechnungen.

terschiede zwischen den Bundesländern deutlich größer geworden. Während Thüringen im Bundesvergleich nach wie vor wenige Schulabgänger ohne Abschluss hat, sind es in Mecklenburg-Vorpommern deutlich mehr, vielleicht eine Folge des Bevölkerungsrückgangs, die Schule in Wohnortnähe immerschwieriger macht und „schwierige Fälle“ durchs Raster kommunaler Förderung und Betreuung fallen lässt.

Die Daten bieten also reichlich Stoff für eine Diskussion um politisches Handeln, das sich um die kümmert, die im Schulwesen zu scheitern drohen.

Gemeint sind wir alle!

Rechte und rassistische Aktivitäten nehmen zu – Angriffe auf eine offene Gesellschaft!

In den letzten Wochen und Monaten nehmen rassistische und faschistische Angriffe in Bayern zu. Die organisierte Neonazi-Szene agiert zunehmend offen und aggressiv. In München kommt es im April und Mai zu mehreren Attacken von Neonazis. So wurden die Fenster des Wohnprojekts „Ligsalz 8“ eingeworfen, Nazi-Parolen in die Fenster eingeritzt und die gesamte Fassade mit Farbbeuteln beworfen. Die Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrats wurde Ziel ähnlicher Angriffe. Ebenso wurden vier Fensterscheiben des Büros des Kurt-Eisner-Vereins eingeworfen. Am EineWeltHaus konnten zweimal Vermummte vertrieben werden.

Auch bayernweit nehmen rechte Angriffe zu. Unter anderem wurde im Mai in Nürnberg die Gedenktafel für die Opfer des NSU mit rechten Aufklebern beklebt und in Bamberg eine türkische Familie angegriffen und verletzt.

Solche Angriffe treffen wenige, Einzelne. Sie sind aber Angriffe auf uns alle und auf eine offene, antirassistische Gesellschaft!

Zehn Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds – und jetzt einfach so weiter? All das passiert vor dem Hintergrund des Prozesses gegen den NSU und seine Unterstützer_innen. Bundesweit solidarisiert sich die Neonazi-Szene

offen und provokant mit den Taten des NSU. In Mainz wurde kürzlich eine künstliche Blutlache vor einer Moschee platziert, in Düren wurde der Eingang der Islamischen Gemeinde sogar mit den Worten „NSU lebt weiter und ihr werdet die nächsten Opfer sein!!!“ beschmiert. In München wurde die Kanzlei der Anwältin der Witwe eines der zehn Mordopfer mit Fäkalien attackiert.

Die Reaktion der Polizei ist fatal: „Wir nehmen nicht wahr, dass die rechte Szene insgesamt aktiver wird“, kommentiert der Pressesprecher der Münchner Polizei Wolfgang Wenger noch am 17. Mai und spricht von „Einzelfällen“. Erst nach dem neunten Angriff nennt er es eine „Häufung“ von Einzeldelikten. Die erneute Leugnung eines organisiert agierenden Neonazi-Netzwerks in München zeigt, dass die Polizei nichts aus der folgenreichen Verharmlosung rechter Strukturen der vergangenen Jahre gelernt hat. Angesichts jahrelanger Untätigkeit ist das nicht nur zynisch gegenüber den betroffenen Initiativen und Einzelpersonen der jüngsten Angriffe, sondern auch gegenüber den Opfern des NSU, deren Angehörigen und gegenüber 173 weiteren Todesopfern rechter Gewalt seit 1990.

Rassismus in der Gesellschaft – wiederholt sich die Geschichte?

Anfang der 1990er-Jahre wurden in einer offenen rassistischen Stimmung der Gesellschaft und vor dem Hintergrund rassistischer Hetze der Politik zahlreiche Anschläge auf Flüchtlingslager und Wohnhäuser von Migrant_innen verübt, bei denen auch Menschen getötet wurden. In Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen applaudierten Hunderte Anwohner_innen, während ein rechter Mob Brandsätze auf Unterkünfte von Flüchtlinge und Vertragsarbeiter_innen warf. Die Polizei blieb bei den mehrtägigen Ausschreitungen weitgehend untätig. Aktuell erleben wir neben den offenen Attacken von Neonazis in Bayern und Deutschland auch immer mehr rassistische Stim-

mungsmache in Politik und Öffentlichkeit. Mit der Rede von „massenhafter Armutsmigration“, flankiert von der Mär von „integrationsunwilligen“ Migrant_innen von Sarrazin, Buschkowsky und Co, fühlt man sich schockierend an die damaligen Zustände erinnert.

Rechte Angriffe betreffen uns alle – gemeinsam gegen Einschüchterung und Bedrohung!

Solche Zustände betreffen uns alle, wir dürfen sie nicht zum Alltag werden lassen! Angriffe von Neonazis und Rassist_innen auf Migrant_innen, andere Einzelpersonen und Initiativen sind immer auch ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft. Wir verlangen, dass Staat und Behörden ihr jahrelanges Versagen offen eingestehen, die Verharmlosung neonazistischer Aktivitäten beenden und das rechte Auge endlich öffnen!

Vor allem aber ist klar: Es liegt an uns! Wir dürfen nicht zulassen, dass die Angst vor Attacken und Angriffen wieder zur Normalität wird!

Wir alle müssen uns aktiv und courageig gegen Neonazis und Rassismus einsetzen! In unseren Vierteln, in der Stadt und überall.

Solidarität zeigen und aktiv werden:

- Aufruf zeichnen: Wenn ihr als Gruppe oder Einzelperson eure Solidarität ausdrücken und den Aufruf zeichnen möchtet, schickt eine Mail an: nsuprozess@riseup.net

- Finanzielle Unterstützung: Durch die Angriffe entstehen hohe Kosten für die betroffenen Projekte. Ihr könnt diese mit einer Spende unterstützen: Bayerischer Flüchtlingsrat, Konto-Nr: 88 32 602, BLZ: 700 205 00, Stichwort: Spende gegen Nazis

Erstunterzeichner_innen:

Bayerischer Flüchtlingsrat | Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung e.V. | Angelika Lex, Rechtsanwältin | Ligsalz8 | Trägerkreis EineWeltHaus München e.V. | Bündnis gegen Naziterror und Rassismus
mehr: www.nsuprozess.blogspot.de und www.nsuprozess.info

Linke: Herbe Verluste und kleine Leuchttürme

Voller Zuversicht ist Die Linke in Schleswig-Holstein zu den Kommunalwahlen am 26. Mai 2013 angetreten. Nachdem sie im vergangenen Jahr mit einem Ergebnis von nur 2,2 % nicht wieder in den Landtag einziehen konnte, hatte sie zumindest gehofft, das kommunale Endergebnis jetzt verbessern zu können. Zumal sie bei der letzten Kommunalwahl 2008 auf Landesebene – genauer gesagt: in den elf Kreisen und vier kreisfreien Städten des Landes – durchschnittlich 6,9 erringen konnte. Nun ist die Linke mit nur 2,5 % im Gesamtergebnis hart auf den Boden der Wirklichkeit aufgeschlagen und gleichsam bei der Kernwählerschaft der ehemaligen PDS und WASG wieder angekommen.

Es liegen für das Bundesland Schleswig-Holstein zunächst nur die Gesamtergebnisse der genannten Kreise und kreisfreien Städte im Überblick vor

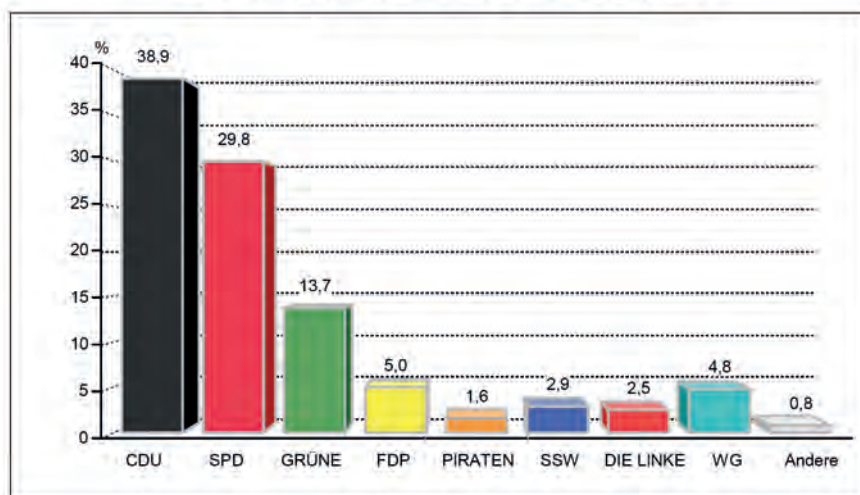
(siehe Grafik). Danach kam die CDU auf 38,9%, das sind 0,3 Prozentpunkte mehr als bei der Kommunalwahl 2008. Die SPD erzielte 29,8% der Stimmen und hatte ein plus von 3,2 Prozentpunkten. Auch die Grünen konnten sich um 3,4% verbessern und erhielten 13,7%, der Süd-Schleswigsche Wählerverband (SSW) hielt annähernd seinen bisherigen Standard von 2,9% mit einem geringen Verlust von 0,1%. Die FDP musste ein Minus von 4,0% hinnehmen und kam nur auf 5,0%. Die erstmals bei einer Kommunalwahl antretenden Piraten – die es im Übrigen vor einem Jahr in den Landtag schafften – erreichten 1,6%. Am stärksten verlor Die Linke, die um 4,4 Prozentpunkte schrumpfte und nur noch 2,5% der Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung fiel mit 46,7% auf einen historischen Tiefstand.

Die zurzeit im Landtag regierenden

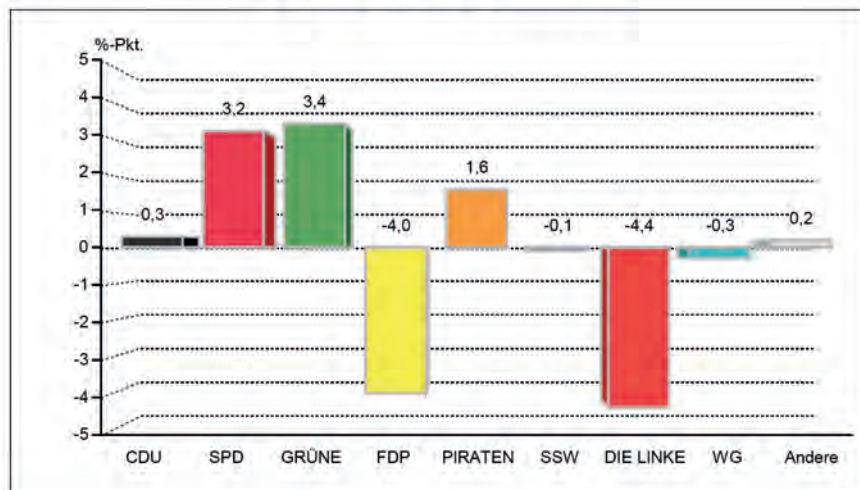
Parteien von SPD, den Grünen und dem SSW behaupteten ihre Stellung und konnten sie ausbauen. Die CDU hat sich immerhin ohne Verluste gehalten, während ihr bisheriger Koalitionspartner im Landtag vor 2012, die FDP, nicht mehr gebraucht wird. Obwohl die „grünen“ Grünen gerade dabei sind, das schrottreife AKW Brunsbüttel für ein Atomüll-Zwischenlager zu genehmigen, legten sie prozentual und absolut zu. Ihre Klientel erhofft sich wohl zeitgleich an der Küste Schleswig-Holsteins moralische und wirtschaftliche Entschädigung dadurch zu finden, dass sie sich im Windschatten der geplanten Offshore-Windräder Vorteile verspricht. Die SPD vertrat auf ihren Plakaten landesweit mit „Sozial.Gerecht – vor Ort“ wortgleich die Parole der Linken aus dem Jahr 2008. Damals konnte die Linke fast in einem Handstreich – auf Grund der vorhandenen sozialen Empörung gegen die „Agenda 2010“ – im nördlichsten Land der Bundesrepublik verblüffend hohe Stimmenanteile einfahren. In Kiel, Lübeck und Neumünster z.B. zwischen 11 und 13 Prozent. Dieser Vorschuss ist dahin und wohl zum größten Teil wieder bei der SPD gelandet. Bereits im Landtagswahlkampf des vorigen Jahres versuchte die SPD mit einer kritischen Aufarbeitung ihrer Agenda 2010 sich wieder als Partei für soziale Gerechtigkeit darzustellen und ihre „alten Wähler“ zurückzugewinnen. Harald Pätzolt schreibt dazu in seiner Untersuchung vom 12.12.2012: „Politische Führung in Krisenzeiten hat, wie beim Hochwasser 2002, eigene Gesetze. Allein die beiden großen Parteien binden aktuell fast 70% der Wählerschaft, mit den Grünen etwa 85%. Das ist ein ungewöhnlich starker Anstieg seit der Bundestagswahl 2009, wo Union und SPD 57% binden konnten. Die kleinen Parteien sind zurück gefallen unter 10%.“

Bekanntlich kommen die meisten Nichtwähler aus den Bereichen der sozial Enttäuschten, was die Linke bei den Wahlen der letzten Jahre mehr geschwächt hat als die übrigen drei, bzw. vier großen miteinander koalierenden Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne. In Kiel ist z.B. gerade in dem Stadtteil Garden, in dem Die Linke schon seit PDS-Zeiten stimmenmäßig führend war, und in dem auch dieses Mal ein intensiver aktiver Wahlkampf stattfand (vgl. Interview in den Politischen Berichten 5/2013), die Wahlbeteiligung auf 20% gesunken. „Wer einmal aus politischer Enttäuschung Wahlen fernbleibt, ist nur schwer zurückzugewin-

1.3 Verteilung der gültigen Stimmen auf die Wahlvorschläge in %



1.4 Gewinne und Verluste der Stimmenanteile



Statistik der Stimmenanteile und der Stimmenverluste 2013 im Vergleich zu 2008 im Bereich der Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein.

nen“, schreibt dazu Horst Kahrs in seinen „Abschied aus der Demokratie“ (Studien der Rosa Luxemburg-Stiftung 9/12).

Erwähnt werden sollte allerdings bei der Gelegenheit auch, dass die Linke in Schleswig-Holstein in der bürgerlichen Presse kaum Erwähnung findet. Im Kreis Segeberg gibt es z.B. massenhaft Presseerklärungen zu allen Fragen, die der Kreis entscheiden muss, vom Lohndumping bis zu Wohnungsfragen für Hartz IV-Leute. In der „Segeberger Zeitung“ findet man davon so gut wie nichts. Empört berichten auch andere GenossInnen aus den Fraktionen, dass die Presse sie nur dann erwähnt, wenn sie den übrigen Parteien zugestimmt haben und das oft genug bei Anträgen, die sie selbst eingebracht haben. Diese beiden Faktoren haben zusammen genommen sicher einige Prozentpunkte gekostet.

Kann man das schlechte Ergebnis nun auch einem eigenen Fehlverhalten anlasten?

Der Landesvorsitzende der Linken, SH, Jens Schulz, beantwortet diese Frage in einem Interview folgendermaßen: „Das Zusammenspiel von Partei und Fraktion hat sich von Ort zu Ort unterschiedlich gestaltet. Das hat aber keine große Rolle gespielt, wenn man die einzelnen Wahlergebnisse betrachtet.“ Oder genauer gesagt: Unterschiedliche politische Ansätze, als Linke politisch zu agieren, haben nicht zu messbar unterschiedlichen Resultaten geführt. Und Schulz fügt als einer, der selbst aus Lübeck kommt, hinzu: „In Lübeck haben wir mit SPD und Grünen zusammengearbeitet, manchmal aber auch mit wechselnden Mehrheiten agiert oder klar auf Opposition gesetzt. Das hat unser Wahlergebnis nicht gerettet, wir hingen also in der Luft und konnten nicht klar vermitteln, wofür wir stehen.“

Eine wichtige Tatsache mag dennoch insgesamt eine Rolle gespielt haben, wenn es um die starken Stimmenverluste in den Kreisen und kreisfreien Städten geht. Nachdem 2008 bei der frisch entstandenen Linken ein fast hysterischer Run auf die zu vergebenen Abgeordneten-Ämter stattfand, haben viele von den damals gewählten Genossinnen und Genossen diese Ämter und die Linke bereits kurz darauf ebenso schnell wieder verlassen. Aus recht unterschiedlichen Gründen, aber 2013 sind von den 2008 erfolgreich in die Parlamente eingezogenen 81 Abgeordneten fast die Hälfte nicht mehr in Funktion gewesen. Innerparteiliche Streitereien, vor allem die Vergabe von wichtigen Ämtern im Landesverband, führten in Neumünster dazu, dass sämtliche fünf GenossInnen die Partei verließen und eine eigene neue „Linke“ bildeten. Die Helgoländer Fraktion löste sich auf, weil ihre beiden



Wahlplakate zur Kommunalwahl am 26. Mai 2013 in Norderstedt: Die Piraten, die Wählergemeinschaft WIN, Die Linke, die FDP, die Grünen, die SPD (Sozial.Gerecht – vor Ort) und die CDU. Die bisher üblichen Einzelporträts wurden bei CDU und FDP auffallend durch Gruppenfotos mit Frauen ersetzt.

Vertreter der Linken vorwarfen, nicht genug für die friesische Bewegung zu tun. In Itzehoe, im Kreis Steinburg, traten zwei Abgeordnete bereits vor der ersten Ratsversammlung in eine neue Wählergemeinschaft ein. Die Sechser-Fraktion in Kiel wurde von zwei GenossInnen verlassen. Ihnen wird unterstellt, dass es dabei vorrangig um Diäten und einen eigenen Fraktionsstatus ging. Im Kreis Plön blieb nach heftigen parteipolitischen Auseinandersetzungen nur noch ein Genosse als Linken-Abgeordneter übrig und in Dithmarschen – ohne großen Streit – ebenfalls. Lübeck verzeichnete mehrere Austritte und ließ entsprechend Ersatz nachrücken. Auch das Herausdrängen von GenossInnen aus dem Parlament wegen Unstimmigkeiten kam vor. Der letzte Austritt-Fall war 2012 im Kreis Stormarn, wo der Linken vorgeworfen wurde, in Nordrhein-Westfalen nicht genug kompromissbereit mit der SPD umgegangen zu sein.

Kurzum: fast 50% aller 2008 gewählten Abgeordneten übten ihr Amt 2013 nicht mehr bei der Linken aus. Vor Ort kann dieser Vorgang in der Bevölkerung sicher nicht übersehen worden sein und hat wohl auch potentielle WählerInnen von einer Wiederwahl abgehalten. Natürlich konnte man dadurch „nicht klar vermitteln, wofür wir stehen“ (Jens Schulz). Nach dieser selbst zu verantwortenden Schrumpfung hat sich die Zahl der Abgeordneten der Linken bei den errungenen 19 Mandaten noch einmal halbiert. Das bedeutet: nur in Flensburg, Kiel, Lübeck und Segeberg ist Die Linke künftig mit zwei Abgeordneten vertreten

und „fraktionsfähig“. In allen anderen Kreis- und Stadtparlamenten sitzt jeweils nur ein/e einzige/r Vertreter/in im Parlament. Das bedeutet: Gelder für Räume und MitarbeiterInnen fallen weg, die Arbeitsbedingungen sind erschwert und das Recht zur Einbeziehung sogenannter kompetenter „bürgerlicher“ Mitglieder in diversen Ausschüssen ist erheblich eingeschränkt.

Nun gibt es dennoch einen gewissen Lichtblick im Dunkel der Wahlergebnisse. Erstaunlicherweise hat die Linke in den kleineren Gemeinden in Schleswig-Holstein, in denen sie in elf Fällen kandidierte, auffallend höhere Prozentanteile eingefahren als im Landesdurchschnitt. In Wedel, einem Ort mit ca. 32 000 EinwohnerInnen, an der Unterelbe gelegen und zur Hamburger Metropolregion gehörig, erzielte Die Linke stolze 6,9%. In Heide in Dithmarschen, einem Städtchen mit knapp 21 000 BürgerInnen an der Westküste, kam Die Linke auf 6,1 %. Auch in weiteren kleinen Orten gab es überraschend hohe Wahlergebnisse: in Geesthacht/Herzogtum Lauenburg 5,1%, in Norderstedt/Kreis Segeberg 4,7%, in Marne/Dithmarschen 4% und in Ratzeburg, Rendsburg und Itzehoe 3,3 %. Immerhin kann die Linke dadurch in fünf weiteren Fällen jeweils zwei VertreterInnen ins Parlament schicken.

Die bisherige Vorsitzende der Fraktion aus Wedel, Astrid Sawatzky, berichtet, dass sie mit ihren bisherigen Abgeordneten – unter denen auch Genossen der DKP sind – intensiv Politik zu den aktuellen Problemen vor Ort gemacht hätten, im Parlament und im Bündnis mit den BürgerInnen der Stadt. Sie or-

ganisierten auffallend viele öffentliche Aktionen zusammen mit außerparlamentarischen Initiativen und im Wahlkampf vorbildlich viele Veranstaltungen zu Themen örtlicher Politik. Der Ort ist geprägt von Rüstungsindustrie. Eine Veranstaltung zur Friedens- und Waffenpolitik mit Jan van Aken fand selbst im „Hamburger Abendblatt“ ausführlich Erwähnung.

Die eigentlichen Gewinner der Wahl finden wir auf der Gemeindeebene. Der „Landesverband der Wählergemeinschaften in Schleswig-Holstein“ schreibt rückblickend zum Wahlergebnis 2008: „Freie Wählergruppen haben in Schleswig-Holstein eine lange Tradition und sind auf der kommunalen Ebene sehr erfolgreich. So erreichten bei der Kommunalwahl 2008 verschiedene Wählergruppen mit 6784 Mandaten und 51,8 % vor der CDU mit 3400 Mandaten und 26 % und vor der SPD mit 2.141 Mandaten und 16,4 % das deutschlandweit beste Ergebnis von Wählergruppen... Und weil es bei Kommunalwahlen seit 2008 keine Fünfprozenthürde gibt, gelingt kleinen Gruppierungen immer häufiger der Sprung in die Parlamente.“ Über das diesjährige Ergebnis in den 1.156 Gemeinden – jenseits von Kreis-, Stadt- und Gesamtergebnis – gibt es leider bisher keinen amtlichen Überblick. Aber zu vermuten ist, dass sich diese Tendenz auch 2013 fortgesetzt hat. Und die Wählergemeinschaften erwarten, dass sich dies bei der jetzt im Land folgenden Bürgermeisterwahl bestätigt: „Bei der Neubesetzung werden die etablierten Parteien nicht mehr viel mitzureden haben... Sie überlassen das Feld den Wählergemeinschaften.“

So hat z.B. in Norderstedt die Wählergemeinschaft WIN, die nichts weiter als vehement gegen den seit Jahren belastenden Fluglärm auftritt, „aus dem Stand“ 7 % Anteil am Wahlergebnis bekommen. Und die ehemals in Neumünster von der Linken abgespaltene Gruppe hat als Wählergemeinschaft „Bündnis für Bürger“ (BfB) beachtliche 6,1 Prozent und drei Sitze erhalten. Nicht zuletzt – übrigens dank des von der Linken Schleswig-Holstein geführten Prozesses gegen die 5%-Klausel vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht 2008 – sind deshalb die eigentlichen Gewinner der Wahl diese kleinen konkret vor Ort agierenden Wählergemeinschaften.

Die großen Parteien können nur noch auf den höheren Ebenen der Kreise und in den Städten Mehrheiten bilden.

Es ist zu vermuten, dass die Linke dort, wo sie sich „entsprechend bürger-nah“ verhält – die Ergebnisse in Wedel und anderswo lassen darauf schließen – wieder bessere Ergebnisse erzielen kann.

Edda und Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Deutsche Panzerlieferung nach Indonesien Fatales Signal an Jakarta

von Timo Duile

Wie am 8.5. auf eine Anfrage von Katja Keuel (Grüne) bekannt wurde, hat die Bundesregierung den Verkauf von insgesamt 164 Panzern nach Indonesien genehmigt. Darunter sind 104 Leopard-2 Panzer, die wegen ihres Gewichts und ihrer Kampfeigenschaften jedoch kaum für den Einsatz in weiten Teilen des Landes geeignet seien dürften: Schon die meisten Brücken in Indonesien würden dem Gewicht des Leopard-2 nicht standhalten. Ingo Wandelt, Militärexperte für Indonesien, spricht daher in Bezug auf die Leopard-Panzer von einem Prestigegeschäft, das innerhalb des Militärs die Landstreitkräfte aufwerten soll. Dagegen wären die 50 Marder-Schützenpanzer eher für Einsätze im Feld geeignet.

Befürchtungen in Bezug auf die Menschenrechtslage in Indonesien sind nicht unbegründet. In den Medien war vielfach zu lesen, dass die Panzer gegen „ethnische Minderheiten“ eingesetzt werden könnten. Diese Formulierung ist so nicht ganz richtig, da in diesem Sinne Indonesien nur aus Minderheiten besteht (die größte ethnische Gruppe der Javaner macht lediglich knapp 40% der Bevölkerung aus). Richtig ist aber, dass es in der indonesischen Peripherie immer wieder Konflikte gab, die zum Teil bis heute andauern: Während beispielsweise jene in Aceh (Nordsumatra) und Osttimor im Rahmen eines Friedensprozess bzw. durch die Unabhängigkeit Osttimors beigelegt werden konnten, kommt es in den Provinzen Papua und West-Papua immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen durch das Militär. Unter dem Vorwand, Separatisten zu bekämpfen, werden immer wieder Kämpfer_innen der OMP (Organisasi Papua Merdeka, Organisation unabhängiges Papua), aber auch Journalist_innen, die kritisch über den Konflikt berichten, festgenommen, gefoltert und ermordet.

Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt betrifft die politische Stabilität Indonesiens. In den Augen vieler Expert_innen gilt das Land als konsolidierte Demokratie. Tatsächlich fanden seit 1998, als der langjährige autoritär regierende Präsident Suharto im Zuge der asiatischen Wirtschaftskrise aus dem Amt gejagt wurde, drei Wahlen statt, die im Großen und Ganzen als frei und fair bezeichnet werden können. Seit 2009 wird der mit großer Machtfülle ausgestattete Präsident direkt vom Volk gewählt. Das Militär ist seit der letzten Wahl nicht mehr mit eigener Fraktion im Parlament vertreten.

All dies bedeute jedoch nicht, dass das Militär weiterhin keinen großen Einfluss auf die Politik des Landes hätte. Verbindungen der Politik zum Militär sind zahlreich und eine militärische Vergangenheit ist sehr hilfreich für eine politische Karriere, so dass Militär und Politik in Indonesien oft verflochten sind: Man kennt sich, man hilft sich.

So kommt der aktuelle Präsident, Susilo Bambang Yudhoyono, aus dem Militär und auch für die nächste Wahl gibt es Kandidaten, die auf eine militärische Vergangenheit zurück blicken. Wichtigstes Beispiel: Der zur Zeit in Umfragen sehr beliebte Prabowo Subianto der Partai Gerindra (Partei Gerakan Indonesia Raya, Partei für ein erhabenes Indonesien) beispielsweise wird beschuldigt, für schwere Menschenrechtsverletzungen in Osttimor 1991 sowie für Ermordungen und Entführung von Anhängern der Demokratiebewegung 1998 verantwortlich zu sein.

Ein weiterer Faktor politischer Instabilität geht vom politischen Islam aus. Zwar geht die Regierung mit aller Härte gegen islamische Terroristen vor, doch ist sowohl von staatlichen Behörden als auch von großen Teile der Bevölkerung ein erhebliches Maß an Toleranz gegenüber islamistisch motivierten Hardlinern zu beobachten, die gegen religiöse Minderheiten, Atheist_innen oder Homosexuelle Stimmung machen und nicht selten das Recht in die eigene Hand nehmen. So gehen die Anhänger_innen der FPI (Fron Pembela Islam, Front der Verteidiger des Islams) regelmäßig, zum Teil auch mit Gewalt gegen Veranstaltungen von Homosexuellen oder gegen den Bau von Kirchen vor; oft ohne auf Widerstand der Polizei oder der Bevölkerung zu stoßen – manchmal sogar unter dem Jubel der ortsansässigen Menschen. Zwar ist die Entwicklung hin zu einem autoritär-islamischen Staat auf absehbare Zeit unwahrscheinlich, aber gerade in einem Land wie Indonesien, das nach jahrzehntelanger Diktatur nun im Rahmen demokratischer, öffentlich ausgetragener Meinungsbildungsprozesse auf der Suche nach Identität ist, sollten auch Entwicklungen hin zu religiöser Intoleranz genau und kritisch beobachtet werden.

Schon während des Krieges in Osttimor Anfang der 2000er setzte das indonesische Militär Waffen ein, die es von Deutschland aus alten DDR-Beständen gekauft hatte. Die Bilanz: Nach jahrzehntelangem Krieg waren über 180.000 Opfer zu beklagen, Osttimor lag wirtschaftlich am Boden und wurde doch schließlich unabhängig. An diesem sinnlosen Morden hätte sich

Deutschland durch seine Waffenlieferungen nie beteiligen dürfen, aber die Freundschaft zwischen Suharto und Helmut Kohl oder die Aussicht auf Geschäfte überwogen schließlich die Bedenken um Menschenrechte in dem autoritär geführten Land.

Was Indonesien braucht, ist eine demokratische Gesellschaft, die in der Lage ist, gewaltfrei und ohne Hass mit religiösen, kulturellen oder sexuellen Minderheiten umzugehen. Das Militär hat immer wieder bewiesen, dass es Willens ist, Konflikte zu schüren, um seine Rolle als Stabilitätsfaktor zu legitimieren. Aber das Militär in Indonesien ist genau aus diesem Grund einer der größten Faktoren politischer und gesellschaftlicher Instabilität. Die Bundesregierung wäre gut beraten, den kulturellen und intellektuellen

Austausch zwischen der deutschen und der indonesischen Zivilgesellschaft zu fördern und immer wieder die Einhaltung der Menschenrechte, zu der sich Indonesien ja selbst verpflichtet hat, einzufordern, statt dem Instabilitätsfaktor Militär einen Gefallen zu tun. Das niederländische Parlament hat aus diesen guten Gründen die Lieferung von Panzern nach Indonesien abgelehnt. Es ist traurig und zeugt von politischer Skrupellosigkeit, dass ausgerechnet Deutschland dann in die Bresche springt.

Timo Duile ist Politikwissenschaftler und Doktorand an der Bonn International Graduate School Oriental and Asian Studies. Er forscht über Natur- und Kulturkonzeptionen in Indonesien.

Türkei

Banger Blick auf die Gezi-Proteste

Gegenwärtig ist nicht abzusehen, wie sich die Proteste in der Türkei, deren Auslöser die Besetzung eines Bauplatzes im Gezi-Park in Istanbul war, weiterentwickeln werden. Die regierende AKP stößt mit ihrer raschen und anscheinend oft rücksichtslosen Modernisierung der Türkei auf Widerstände. Es empören sich Menschen, denen die vertraute Umgebung (im weitesten Sinne) plötzlich verschwindet. Ihnen schließen sich traditionelle politische Kräfte an, die sich dem laizistischen Kemalismus und Militarismus, wie er jahrzehntelang die Türkei prägte, verbunden fühlen. Die Lage der Türkei ist in vielerlei Hinsicht hoch instabil. Die Politik der türkischen Regierung gegenüber Syrien kann in einen Krieg münden. Die Politik der Unterdrückung von Minderheiten in der Türkei steht vor einem Scheidepunkt, unsicher ist, ob es gelingt mit der kurdischen Bewegung und der PKK einen Frieden zu schließen. Vor allem letzterer Punkt steht im Mittelpunkt einer Erklärung des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan zu den Gezi-Protesten, die wir im Folgenden dokumentieren:

Die AKP-Regierung verhindert eine Demokratisierung der Türkei

Als am 29. Mai eine Gruppe von Umweltaktivist_innen, darunter auch der Parlamentsabgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Sirri Süreyya Önder, den Gezi-Park in der Nähe des Taksim-Platzes (Istanbul) besetzten, ahnte niemand, was für ein Ausmaß diese Besetzung erreichen würde. Anlass war der Umbau dieses Parks, bei dem Dutzende Bäume gefällt werden sollen, damit Platz für ein neues Einkaufszentrum geschaffen wird. 2011 hatte der Stadtrat einstimmig – u.a. mit den Stimmen der CHP – für dieses Projekt gestimmt. Die genannten Proteste wurden von der Polizei mit massiver Gewalt angegriffen und

die Besetzer_innen aus dem Park vertrieben. Viele wurden zudem verhaftet.

Es besteht kein Zweifel, dass die Polizeigewalt definitiv unverhältnismäßig war. Es kam zu Dutzenden Verletzten, deren Bilder über die Sozialen Medien in die ganze Welt gingen. Bilder von Kettenabdrücken eines Panzerfahrzeuges auf dem Rücken eines Verletzten oder durch Tränengas bewusstlos gewordener Menschen wurden begleitet von provozierenden Aussagen hochrangiger Regierungspolitiker_innen wie z.B. des Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, wonach die „Störversuche“ der „radikalen Demonstranten“ die Bauarbeiten nicht aufhalten können. Nach drei Tagen erreichten die Proteste eine noch nie da gewesene Dimension seit dem Regierungsantritt Erdogans. Am 1. Juni protestierten mehrere Hunderttausend Menschen auf dem Taksim-Platz sowie weitere Tausende in der gesamten Türkei. Gegen die Angriffe der Polizei wehrten sich die Protestierenden in Istanbul so entschlossen, dass die „Sicherheits“kräfte gezwungen waren, sich zurückzuziehen. Die Polizei tötete mindestens zwei Menschen und verletzte Hunderte, teils schwer.

Ohne Zweifel, die Türkei durchlebt eine sehr sensible Phase. Es laufen ernsthafte Verhandlungen zwischen dem türkischen Staat und dem Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Abdullah Öcalan, zur Beilegung des seit Jahrzehnten andauernden Krieges. Die Guerilla zieht sich in die südkurdischen Kandilberge zurück. Immer noch sind Tausende Menschen als politische Gefangene in türkischen Gefängnissen inhaftiert oder mit drohenden Freiheitsstrafen konfrontiert. Die faschistische Partei der nationa-

listischen Bewegung (MHP) und die Republikanische Volkspartei (CHP) torpedieren ununterbrochen einen möglichen Frieden. Westliche Staaten wie die USA, Frankreich und Deutschland sind mit ihrer Politik immer noch ein Hindernis für einen Frieden. Das Misstrauen gegenüber Erdogan ist sehr hoch, zumal seine Regierung bereits in der Vergangenheit einen Dialog mit den Kurd_innen vortäuschte, um Zeit für die eigene Machtsicherung und die Parlamentswahlen 2011 zu gewinnen. Eine nicht mal zu Zeiten des Militärputsches da gewesene Welle von Verhaftungen gegen jegliche Opposition nahm anschließend ihren Lauf. Militärische Operationen gegen die kurdische Guerilla stiegen auf ein Höchstmaß an. Ziel war die endgültige Zerschlagung der prokurdischen Opposition, der Begriff der „tamilischen Lösung“ machte die Runde. Nur eine Massenmobilisierung der kurdischen Freiheitsbewegung hat den Staat zurück an den Verhandlungstisch gezwungen.

Die Geschehnisse der letzten Tage rund um den Taksim-Platz, die Rhetorik, die Erdogan verwendet, die Rücksichtslosigkeit und die Polizeigewalt haben uns gezeigt, dass der türkische Staat dieselbe Mentalität hat, die er auch vor der Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) hatte. Immer noch dient der Staat dem Zweck der totalen Machtausübung über die Gesellschaft. Die gleiche Gewalt, welche die Kemalist_innen und Faschist_innen gegen Forderungen nach mehr Demokratie anwendeten, übt heute die AKP aus. Das Problem sind nicht die Machthaber_innen im Staat, sondern dieser autoritäre Staat selbst. Deshalb müssen unsere Proteste gegen ihn anhalten und wachsen. Umso ironischer ist es, dass heute Pseudodemonstrant_innen der CHP und MHP sich als Hüter_innen der Demokratie darstellen.

Als Verband der Studierenden aus Kurdistan – YXK werden wir uns weiterhin für den Aufbau einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft einsetzen. Wir verurteilen die gewalttätige Vorgehensweise des türkischen Staates und rufen all unsere Mitglieder und solidarischen Freund_innen auf, dagegen zu protestieren. Wir rufen zudem alle demokratischen Organisationen und fortschrittlichen Menschen, welche eine echte Demokratisierung der Türkei wollen, über die Grenzen von Religion, Ethnie, Nation, Geschlecht, Alter, Kultur oder Klasse hinweg auf, gemeinsam zu agieren, damit Ultranationalist_innen von der CHP und MHP die Plattform des demokratischen Protestes nicht vereinnahmen und ihre menschenfeindliche nationalistische Propaganda nicht verbreiten können.

www.yxkonline.de

Kroatien: Streik bei Fluglinie

Seit dem 12. Mai streiken die Mitarbeiter der kroatischen Fluglinie Croatia Airlines (CA). Der Streik richtet sich gegen Änderungen, die ein neuer Kollektivvertrag beinhaltet, sowie die geplante Kündigung von 42 Flugbegleitern. Nach Berichterstattung der „Salzburger Nachrichten“ hatten sich diese krankgemeldet, die CA-Führung betrachtete dies als illegalen Streik. Weiterhin berichten die „Salzburger Nachrichten“, dass der Streik bei der CA in Kroatien eine Streikwelle bei anderen Verkehrsunternehmen ausgelöst hat. So standen bei den kroatischen Eisenbahnen (HZ) für einige Stunden die Züge der HZ Cargo still. Nachdem sich die Gewerkschaften mit den HZ geeinigt hatten, in die Restrukturierungsmaßnahmen eingebunden zu werden, verzichteten sie auf einen weiteren Warnstreik. In den kommenden Jahren sollen bei der kroatischen Bahn mehrere Tausend Mitarbeiter abgebaut werden.

Quelle: Salzburger Nachrichten, 19.5.2013

Griechenland: Regierung verbietet Lehrerstreik

Mit einem am 17. Mai beginnenden und auf eine Woche angesetzten Streik wollte die griechische Gewerkschaft der Mittel- und Oberschullehrer, OLME, gegen weitere drastische Kürzungen im Bildungswesen auf Kosten von Schülern und Lehrkräften protestieren. An den Schulen sollten in dieser Zeit normalerweise die landesweiten Aufnahmeprüfungen für Universitäten und Hochschulen stattfinden. Die Lehrer wollten sich mit dem Streik gegen Regierungspläne wehren, die die Zusammenlegung von Schulen und eine Erhöhung der Schülerzahlen pro Klasse vorsehen. Die wöchentliche Arbeitszeit der Lehrkräfte soll von 21 auf 23 Stunden steigen und sie sollen zukünftig je nach Bedarf landesweit an unterschiedlichen Schulen einsetzbar sein. Die Regierung unter dem konservativen Ministerpräsidenten Antonis Samaras verweigert jeden Dialog mit der Gewerkschaft und setzt auf Konfrontation. Unter Berufung auf ein Sondergesetz hatte sie zu Beginn der Woche den rund 80 000 Lehrerinnen und Lehrern der weiterführenden Schulen schriftlich eine Teilnahme am Streik verboten und sie zum Dienst zwangsverpflichtet. Aufgrund der massiven Regierungsdrohungen ist der Streik inzwischen abgesagt worden.

Quelle: <http://www.gew.de>, 17.5.2013

Tunesien: Solidarität für Hafenbeschäftigte

Mit einem Solidaritätsaufruf will die ITF tunesische Hafenbeschäftigte

unterstützen, die sich aktuell gegen eine Antigewerkschaftskampagne zur Wehr setzen müssen. Mitglieder der der ITF angeschlossenen Gewerkschaft Syndicat Generale de la Marine Marchande et des Ports – Tunis im Hafen La Goulette waren im März in den Streik getreten, nachdem die Hafenleitung vertraglich zugesicherte Vereinbarungen gebrochen hatte. Seitdem führt die tunesische Hafenbehörde Office de la Marine Marchande et des Ports (OMMP) einen Feldzug gegen die Gewerkschaft. So hat sie u.a. Löhne einbehalten und zwei Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaft, die als Abteilungsleiter tätig sind, ihre Leitungsfunktionen entzogen und disziplinarische Maßnahmen gegen sie eingeleitet. Die ITF ruft die ihr angeschlossenen Hafengewerkschaften in aller Welt dazu auf, die tunesischen Beschäftigten durch Protestschreiben an die Hafenbehörde und Unterstützungsbotschaften an die Gewerkschaft zu unterstützen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 24.5.2013

Unterstützung für ägyptische Kollegen

Unite-Mitglieder bei Cadbury UK schließen sich mit ihren Kollegen in Ägypten zusammen, um gegen die Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen, die von Mondelez International, dem Mutterhaus von Cadbury (Nahrungsmittelkonzern), begangen werden. Am 3. und 4. Mai waren Nasr Awad und Hussein Ahmad, zwei der aus dem Cadbury-Betrieb in Alexandria gekündigten Arbeiter, bei Unite zu Gast. Sie gehören zu den fünf Gründungsmitgliedern einer unabhängigen Gewerkschaft, die letztes Jahr vom Unternehmen entlassen wurden, um die Gewerkschaft auf diese Weise gleich wieder zu zerschlagen. Sie kamen im Council House von Birmingham mit Gewerkschaftsaktivisten und -aktivistinnen und Politiker/innen zusammen und sprachen zum Verband der Gewerkschaften von Birmingham. Anschließend fand im Cadbury Bourneville Club ein Treffen mit den Mondelez-Betriebsvertrauensleuten statt, bei dem die Gründung der Partnerschaft feierlich besiegelt wurde. Unite-Mitglieder aus allen Mondelez-Standorten im UK versprachen, sich mit der ägyptischen Gewerkschaft zu verbünden und eine quer durch das



gesamte Unternehmen reichende Arbeitersolidarität aufzubauen.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 7.5.2013

Gaza: Solidaritätsfonds für Busarbeitergewerkschaft

Gleich am ersten Tag stieß der Spendenaufruf der ITF für einen neuen Solidaritätsfonds, mit dem insgesamt 40 000 Pfund (46.677 Euro) zur Unterstützung palästinensischer Berufsfahrer/innen und ihrer Gewerkschaft in Gaza aufgebracht werden sollen, auf ein überwältigendes Echo: insgesamt 13 000 Pfund (ca. 15 000 Euro) wurden sofort von Gewerkschaften zugesagt. Der Beschluss des ITF-Vorstands zur Gründung dieses Fonds ging auf die Bitten der Vorsitzenden der beiden der ITF angeschlossenen palästinensischen Gewerkschaften Palestinian General Transport Workers' Union (PGTWU) im Westjordanland und der Gewerkschaft des Buspersonals in Gaza zurück, ihnen beim Wiederaufbau ihrer Mitgliederbasis in Gaza zu helfen. Bob Crow, Generalsekretär der britischen Verkehrsgewerkschaft RMT, sagte: „Die Gewerkschaft des Buspersonals braucht finanzielle Unterstützung von internationaler Seite, um wieder festen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Dann kann sie sich wieder darauf konzentrieren, die Beschäftigten in Gaza zu organisieren, die täglich mit großen Problemen konfrontiert sind, und den Kampf um ihre Rechte zu unterstützen.“ Die Arbeitnehmer/innen in Gaza waren bis zum Jahr 2007 gut organisiert, als die Hamas-Regierung die Geschäftsräume der Gewerkschaft in Beschlag nahm und versuchte, ihre eigene Organisation an ihre Stelle zu setzen. Später wurde das Gewerkschaftsbüro bei einem israelischen Luftangriff zerstört.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 23.5.2013

Bangladesch: Brandschutzabkommen unterzeichnet

Die Liste der Textilunternehmen, die dem Brand- und Gebäudeschutzabkommen für die Fabriken in Bangladesch beigetreten sind, ist inzwischen lang geworden. Nahezu alle großen Produzenten aus Europa und den USA, die in Bangladesch produzieren lassen, haben unterzeichnet. Auch der Metro-Konzern hat jetzt angekündigt, unterschreiben zu wollen, und nach eigenen Angaben bereits Gelder für mehr Sicherheit in den Fabriken vor Ort in Bangladesch bereitgestellt. Die Regierung in Bangladesch hatte bereits unmittelbar nach dem Einsturz eines achtstöckigen Gebäudes mit mehreren Fabriken in der Nähe der Hauptstadt Dhaka am 24. April, dem weit mehr als 1 000 Menschen zum Opfer gefallen waren, die gewerkschaftliche Organi-

sation der Arbeiter/innen per Gesetz erlaubt und die Einführung eines höheren gesetzlichen Mindestlohns auf den Weg gebracht. Dem Bündnis Ex-chains, das in Europa das Sicherheitsabkommen mit befördert hat und dem unter anderem Verdi und die Kampagne für saubere Kleidung angehören, ist weiterhin daran gelegen, dass die Standards des Abkommens für Bangladesch weltweit zum Tragen kommen. Erst Mitte Mai war in Kambodscha eine Schuhfabrik eingestürzt und hatte 100 Beschäftigte unter sich begraben, sechs von ihnen kamen ums Leben. Das Abkommen, das mit den gewerkschaftlichen Welt-Dachorganisationen IndustriALL Global und UNI Global vereinbart wurde und von der Kampagne für saubere Kleidung (CCC, Clean Clothes Campaign) maßgeblich vorangetrieben wurde, umfasst unabhängige Sicherheitsinspektionen, verpflichtende Reparaturen und Renovierungen, Möglichkeiten, Geschäftsbeziehungen mit den Fabriken zu beenden, wenn diese notwendige Sicherheitsmaßnahmen ablehnen, sowie die Involvierung der betroffenen Beschäftigten und ihrer Vertretungen, der Gewerkschaften. Die unterzeichnenden Markenunternehmen verpflichten sich dazu für Instandhaltungskosten in ihren Zulieferbetrieben aufzukommen und damit die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Das Abkommen garantiert den Beschäftigten das Recht, gefährliche Arbeit zu verweigern.

Quelle: www.verdi.de – www.uniglobalunion.org 24.5.2013

Indonesien: Sieg über Adidas

Pünktlich zum Tag der Arbeit am 1. Mai konnten die Beschäftigten des ehemaligen Adidas-Zulieferbetriebes PT Kizone in Indonesien einen Erfolg gegen den Sportartikel-Riesen erringen: Zum ersten Mal in der Unternehmensgeschichte musste Adidas dem Druck der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder nachgeben, die hartnäckig für die Auszahlung von 1,8 Millionen US-Dollar Abfindung an die 2.800 Beschäftigten der illegal geschlossenen Fabrik gekämpft haben. Die Kampagne für Saubere Kleidung hat mit öffentlichen Aktionen und Online-Protest maßgeblich zum Erfolg der Auseinandersetzung beigetragen. „Zwei Jahre lang hatte sich der Konzern geweigert, die Abfindungen auszuzahlen und damit gegen indonesisches Recht, internationale Arbeitsstandards und den eigenen Verhaltenskodex verstoßen“, sagt Axel Schröder, Inkota-Vorstandsmitglied. „Umso mehr freuen wir uns, dass Adidas in diesem Fall endlich das Richtige getan hat“. „Dieser Fall ist ein Meilenstein im Kampf für die Rechte von Beschäftigten in Zulieferbetrieben der Sportartikelindustrie“, so Maik Pflaum

von der christlichen Initiative Romero. „Dies wäre ohne die internationale Solidarität mit den Beschäftigten in Indonesien nicht möglich gewesen. Er zeigt aber auch, dass Adidas nur unter Druck bereit ist, Arbeitsrechte zu achten.“ Der Fall hatte vor allem in den USA für Aufsehen sorgt: Die United Students Against Sweatshops (USAS) hatten mit hartnäckigem Protest an zahlreichen Universitäten im ganzen Land dafür gesorgt, dass 17 Universitäten bestehende Lizenzverträge mit Adidas gekündigt hatten. Auch in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden solidarisierten sich Aktivist/innen mit den Beschäftigten von PT Kizone. So unterstützten 2012 mehr als 50 000 Menschen die Forderungen der Kampagne nach gesetzlichen Abfindungszahlungen mit ihrer Unterschrift und beteiligten sich an einer internationalen Aktionswoche bei Facebook. „Wir sind stolz, Teil eines solchen Abkommens zu sein, aber am allermeisten sind wir erleichtert darüber, dass unsere Familien endlich das Geld bekommen, welches sie so dringend benötigen“, sagt Aslam Hidayat, ehemaliger Arbeiter bei PT Kizone und Koordinator des PT Kizone Workers Coordinating Committee.

Quelle: <http://www.inkota.de>, 29.4.2013

Hongkong: Hafenbeschäftigte zeigen Solidarität

Hongkonger Hafenbeschäftigte, die erst vor kurzem nach einem langen Arbeitskampf (s. PB Nr. 5/2013) um bessere Bezahlung und Beschäftigungsbedingungen an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind, haben sich mit ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen in den USA solidarisch erklärt. Die Aussperrung der Beschäftigten im Hafen von Vancouver, Washington, durch das zum japanischen Konzern Mitsui gehörende Getreidehandelsunternehmen Mitsui Grain währt seit über zwei Monaten. Eine weitere Aussperrung wurde unterdessen in Portland, Oregon, verhängt. Der dortige Arbeitgeber ist Columbia Grain, ein Tochterunternehmen von Marubeni, einem weiteren großen japanischen Konzern. Beide Unternehmen gehören einer Verhandlungsgruppe an, die die der ITF angeschlossene Gewerkschaft „International Longshore and Warehouse Union (ILWU)“ zur Zustimmung zu schlechteren Vertragsbedingungen für Beschäftigte an der US-amerikanischen Nordwestküste drängt, deren letzter Vertrag im vergangenen Jahr auslief. Mitglieder der Gewerkschaft der Hafenbeschäftigten in Hongkong führten Protestkundgebungen vor den Firmensitzen von Mitsui und Marubeni durch und schrieben Briefe an das Management der Unternehmen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 15.5.2013

China: Wieder drei Selbstmorde bei Foxconn

Nahezu zeitgleich mit dem positiven Bericht einer von Apple beauftragten Organisation über die Arbeitsbedingungen bei Foxconn berichtet die unabhängige Gruppe China Labor Watch über Suizide. Im Foxconn-Werk in Zhengzhou ist es demnach zu drei Selbsttötungen unter Angestellten gekommen, so die Menschenrechtsorganisation China Labor Watch. Die drei Arbeiter des Apple-Zulieferers hätten sich zwischen dem 24. April und dem 14. Mai 2013 das Leben genommen. Einer der Betroffenen habe gerade einmal zwei Tage an den Fließbändern von Foxconn gearbeitet. Laut China Labor Watch steht einer der Suizide möglicherweise in Zusammenhang mit Beziehungsproblemen. Bei den anderen gebe es Hinweise darauf, dass eine Ursache eine neue Bestimmung in dem Werk in Zhengzhou sei, der zufolge die Arbeiter während der Schicht nicht miteinander reden dürften – andernfalls drohe die Kündigung. Immer wieder gibt es Meldungen über Selbsttötungen von Foxconn-Mitarbeitern. Die Meldung über die Suizide wurde am gleichen Tag publik, an dem die von Apple beauftragte Fair Labor Association über Bloomberg von Verbesserungen bei Foxconn berichtete. Dem Artikel zufolge hat Foxconn 98 Prozent der 360 festgestellten Mängel behoben. So seien Sprinkleranlagen und Fluchtwege eingerichtet und getestet worden, außerdem seien immer mehr Arbeiter in Gewerkschaften organisiert. Probleme gibt es laut Fair Labor Association nach wie vor bei den Arbeitszeiten. Zwar habe Foxconn die wöchentliche Arbeitszeit auf 60 Stunden reduziert – die gesetzliche Obergrenze liege in China aber bei 40 Stunden plus möglichen neun Überstunden. Quelle: <http://www.golem.de>, 19.5.2013, www.chinalaborwatch.org, 17.5.2013

Guatemala: Gerechtigkeit für ermordete Gewerkschafter

In Guatemala wurden mehr als 50 Gewerkschafter, die meisten von ihnen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in den letzten drei Jahren ermordet. Darüber hinaus haben zahlreiche Fälle von Folter, Entführungen, Überfälle und Morddrohungen eine Kultur der Angst und Gewalt geschaffen. Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen prägten diese Zeit. Nach Auffassung des Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) gilt Guatemala gilt als eines der gefährlichsten Länder der Welt für Gewerkschafter. Gewerkschaften auf der ganzen Welt sind aufgerufen, die Situation in Guatemala anzuklagen.

Quelle: <http://www.world-psi.org>



HAMBURG. scc. In den ersten Monaten des Jahres strandeten ca. 300 schwarzafrikanische Kriegsflüchtlinge aus Libyen in Hamburg. Italien, wo sie seit 2011 lebten, hatte ihre Notunterkünfte im Februar geschlossen, nachdem der EU-Flüchtlingsfonds die Zahlungen eingestellt hatte, ihnen 500 Euro und Ausweise in die Hand gedrückt und sie nach Norden geschickt. Seit dem 15.4., dem Ende des Winternotprogramms, lebten sie auf der Straße, Kälte, Wind

und Wetter ausgesetzt, mittellos, ohne medizinische Versorgung. Der Senat glaubte bis Pfingsten, die humanitäre Katastrophe durch Nichtbeachtung lösen zu können. Doch die Flüchtlinge, von einigen kleinen Flüchtlingsorganisationen unterstützt, erkämpften sich öffentliche Aufmerksamkeit. Linke, Grüne und FDP kritisierten die Senatspolitik in der Bürgerschaft. Die Kirche erklärte sich zu humanitärer Hilfe bereit. Doch als der Senat die Kirche für

die Errichtung eines Abschiebelagers in einer Turnhalle zu instrumentalisieren versuchte, beendete die Kirche mit einer scharfen Kritik der Politik die Zusammenarbeit. Inzwischen bietet sie rund 70 Flüchtlingen Unterkunft in einer Kirche. Längst geht es nicht mehr nur um humanitäre Unterstützung, sondern um eine Bleiberechtsperspektive. In rund 250 Fällen haben deutsche Gerichte geurteilt, dass Abschiebungen nach Italien im Rahmen des Dublin-II-Abkommens nicht zulässig sind. Die Bedingungen für Flüchtlinge in Italien sind schon lange katastrophal und werden immer schlimmer. Die meisten sind nach wenigen Wochen in einer Erstunterbringung obdachlos, ohne Arbeit, ohne Zugang zum Gesundheitswesen oder zu den sozialen Sicherungssystemen, Schikanen der Behörden und rassistischen Überfällen ausgesetzt. Die Hamburger Flüchtlinge seien Spielball einer restriktiven europäischen Flüchtlingspolitik, kritisierte die evangelische Bischöfin Fehrs zu Recht. Denn die EU schiebt die Problematik der Flüchtlingsunterbringung Italien und anderen südeuropäischen Ländern zu, die Flüchtlinge nach ihren Irrfahrten über das Mittelmeer zunächst erreichen. Deshalb steht eine Änderung der EU- und der deutschen Flüchtlingspolitik auf der Tagesordnung. *Bild:* Ein Sprecher der Flüchtlinge erhält während des Gottesdienstes im Michel die Gelegenheit, ihre Situation zu schildern und ihre Forderungen vorzutragen.

Gedenktafel in Erinnerung an die Toten des deutschen Asylsystems an Hamburger Innenbehörde angebracht

HAMBURG, Gestern (16.5.13) Nachmittag haben ca. 40 Menschen vor der Innenbehörde Hamburgs der über 400 Toten gedacht, die in den 20 Jahren seit der faktischen Abschaffung des uneingeschränkten Grundrechts auf Asyl im Grundgesetz am 26.5.1993 durch staatliche Maßnahmen der BRD ums Leben kamen. Es wurde eine Gedenktafel am Gebäude der Innenbehörde angebracht, weiße Rosen niedergelegt und Info-Flyer verteilt ... Das Bündnis organisierte zuletzt – in Solidarität mit den aktuellen Protesten von Geflüchteten in Deutschland – eine Demonstration unter dem Motto „Gegen Rassismus und Ausgrenzung“ und begleitet weiterhin kritisch die bundesdeutsche Flüchtlings- und Migrationspolitik. Mit der Aktion soll neben dem Gedenken an die Toten des deutschen Asylsystems auch die Mitverantwortung deutscher Behörden und Parteien an der Ermordung von tausenden Menschen in der BRD und vor den Mauern der sogenannten „Festung Europa“ aufgezeigt

werden. Dazu Jens Kuhn, Mitorganisator im Bündnis: „Vor 20 Jahren führte eine rassistische Medien- und Gewaltkampagne zur Abschaffung des Grundrechts auf Asyl. Neonazis, unbescholtene Bürger und die etablierten Parteien zogen damals an einem Strang. Deutschland, als ein für viele Fluchtursachen mitverantwortliches Land, höhnte das als Konsequenz des Nationalsozialismus im Grundgesetz festgeschriebene Asylrecht aus und wurde zum Vorbild einer europäischen Anti-Asylpolitik, der bisher schon mindestens 16 000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Diejenigen, die nicht schon während der Flucht gestorben

sind, werden viel zu oft entweder vom grausamen Alltag im deutschen Asylsystem – mit seinen isolierten Sammel-lagern, der Residenzpflicht oder der ständig drohenden Abschiebung – in den Suizid getrieben, oder sie kommen während oder als Folge ihrer Abschiebung zu Tode. 414 Menschen kamen allein zwischen 1993 und 2013 durch staatliche Maßnahmen ums Leben. Wir wehren uns entschieden gegen diese unmenschliche Realität und schließen uns den Forderungen der protestierenden Geflüchteten in Deutschland an: Alle Abschiebungen sofort stoppen! Residenzpflicht abschaffen! Alle Lager sofort schließen!“ ... www.hamburg-gegen-rassismus.tk, (aus Lokalberichte Hamburg 11/2013)



Sobibór-Gedenken trotz DB-Forderungen

BERLIN. Trotz eines fehlenden Betrages von über vierzigtausend Euro wird der „Zug der Erinnerung“ ab Ende Mai der „Reichsbahn“-Deportationen in das Vernichtungslager Sobibór gedenken. Die Deportationen fanden vor 70 Jahren statt. Die „Reichsbahn“ verschleppte allein im Mai und Juni 1943 mehrere tausend Kinder von Holland zur Ermordung in das NS-besetzte Po-

len. In den verschlossenen Güterwagen saßen holländischen Juden, aber auch Kinder deutscher Emigranten. Für das Gedenken an diese „Reichsbahn“-Opfer verlangt die DB AG „Trassen“- und „Stationsgebühren“ in Höhe von über zehntausend Euro. Weitere vierzigtausend Euro aus vergangenen Fahrten zahlt die DB AG nicht zurück. Die DB AG verschiebt diese Gelder an Dritte mit der ausdrücklichen Maßgabe, sie seien nicht für den „Zug der Erinnerung“ bestimmt. Der Zug wird auf mindestens zehn Bahnhöfen halten (u.a. in Berlin, Braunschweig, Dortmund Frankfurt/Oder, Hannover, Magdeburg, Wolfsburg.). „Die Bemühungen der Deutschen Bahn AG, das Gedenken von den Gleisen zu bekommen“, seien „vergeblich“, heißt es in einer Pressemitteilung. „Die DB AG ist das Nachfolgeunternehmen der ‚Reichsbahn‘ und historische Erbin der Mordbeihilfer. Das Gedenken an die Sobibór-Opfer lässt sich die DB AG bezahlen und entzieht dem ‚Zug der Erinnerung‘ seine finanziellen Mittel.“ Um die Sobibór-Opfer dennoch zu ehren, setzt die private Bürgerinitiative auf die Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit und hat eine Spendenkampagne gestartet („1000 x 40 Euro“).
www.zug-der-erinnerung.eu/index.htm

Anti-Atom-Bewegung nicht beim Endlagerforum

BERLIN. Über 140 Bürgerinitiativen und Umweltverbände haben öffentlich erklärt, sich am morgen in Berlin beginnenden „Forum Standortauswahlgesetz“ nicht zu beteiligen. Das „Forum“ wird vom Bundesumweltministerium und den vier Fraktionen des Bundestags ausgerichtet. Unter den Fernbleibenden sind Bürgerinitiativen von allen 17 Standorten, an denen in Deutschland derzeit größere Mengen hochradioaktiver Atom Müll gelagert wird und alle an der Organisation der Anti-Atom-Protesten der letzten Jahre maßgeblich beteiligten Umwelt-

verbände. Dazu erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“: „Nicht wir verweigern uns der Mitarbeit in Sachen Atom Müll, sondern die Politik verweigert den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene Beteiligung. Das Forum ist eine Farce und nur Pseudo-Beteiligung. Denn das Endlagersuchgesetz hat schon die erste Lesung im Bundestag hinter sich und die beteiligten Politiker haben erklärt, wesentliche Änderungen seien nicht mehr möglich. Wer will schon an einem Fußballspiel teilnehmen, dessen Ergebnis bereits feststeht? Bei diesem Forum geht es nicht darum, sich auf das bestmögliche Verfahren zum Umgang mit Atom Müll zu einigen. Sondern es geht darum, einem schlecht gemachten Gesetz zusätzliche Legitimation zu verschaffen, ohne es groß ändern zu müssen. Da machen wir nicht mit. Gerade dass die Bürgerinitiativen von den Standorten, an denen der Atom Müll derzeit zwischengelagert wird, nicht nach Berlin kommen, macht vieles deutlich: Denn das sind genau diejenigen, die darunter zu leiden haben, je länger es keinen dauerhaften Lagerplatz gibt. Sie alle fehlen, weil sie sich weder vom Endlagersuchgesetz noch vom Forum etwas Positives erwarten ... Wir fordern Bund, Länder und Bundestagsfraktionen auf: Setzen Sie zuerst eine die gesellschaftliche Breite repräsentierende Kommission ein, die einvernehmlich ein Suchverfahren entwickelt und machen danach daraus ein Gesetz – und nicht umgekehrt!“ www.ausgestrahlt.de

Blockupy: Kraftvolle Proteste gegen europaweite Verarmungspolitik

FRANKFURT 2.6.13. Erneut skandalöse Beschneidung der Demonstrationsfreiheit / Exekutive in Wiesbaden setzt sich über Gerichtsurteile hinweg. Die Blockupy-Aktionstage an diesem Wochenende in Frankfurt hatten nach Ansicht des bundesweiten Blockupy-Bündnis zwei Gesichter. „Unsere Proteste wa-

ren kraftvoll und entschieden. Mit Aktionen Zivilen Ungehorsams und einer großen, bunten Demonstration haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt gegen die Verarmungspolitik der Troika. Wir haben den europäischen Widerstand an einen ihrer Ausgangspunkte – die Europäische Zentralbank – getragen“, sagte Eberhard Heise, als Attac-Aktivist im Blockupy-Bündnis. „Dabei hatten unsere Aktionen genau den Charakter, der wir als Bündnis verabredet und öffentlich angekündigt hatten.“ Dagegen stehe die offensichtlich politisch motivierte Untergrabung der Demonstrationsfreiheit durch die Polizei. „Dass unsere Proteste gegen die Kürzungspolitik hier zu Lande ebenso wie in anderen europäischen Ländern durch brutale Knüppelinsätze der Polizei verhindert werden sollen, zeigt, dass wir einen Nerv treffen. Die autoritäre Krisenpolitik soll gegen jeden Widerstand durchgesetzt werden, koste es, was wolle – und sei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit“, sagte Ani Dießelmann, für die Interventionistische Linke im Bündnis. „Dass die Exekutive offensichtlich geplant Gerichtsurteile faktisch außer Kraft setzt, ist ein Skandal.“ Martin Sommer vom Ums-Ganze-Bündnis ergänzte: „Eine Politik, die sich als alternativlos darstellt, und deswegen kein Konzept hat, das Leben der Menschen zu verbessern, tut alles, die Diskussion von unten zu stören und Aktionen zu verhindern, die diese verheerende Krisenpolitik angreifen. Das werden wir uns nicht gefallen lassen. Blockupy kommt wieder.“ Das Blockupy-Bündnis wird getragen von Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener emanzipatorischer Gruppen und Organisationen, darunter die Interventionistische Linke, Attac, Occupy Frankfurt, Gewerkschaften, Jugend- und Studierendenverbände, das Erwerbslosen-Forum Deutschland, die Partei Die Linke, das Netzwerk Friedenskooperative und das Bündnis „Ums Ganze“.

<http://blockupy-frankfurt.org/>

Wir gedenken heute der Opfer des Solinger Brandanschlages am 29. Mai 1993

Gülsün İnce
Hatice Genç
Gülüstan Öztürk
Hülya Genç
Saime Genç

*Sowie der vielen anderen Opfern rechtsextremistischer
und rassistischer Gewalt in Deutschland*

*Erst Hoyerswerda,
dann Rostock-Lich-
tenhagen, danach
Möln und schließlich
Solingen. Am 29. Mai
vor 20 Jahre starben
fünf Menschen bei
dem Brandanschlag
auf das Haus der Fa-
milie Genç. Diese ge-
walttätigen Übergriffe
waren der Anlass für
die Gründung von
Aktion Courage e.V.
www.aktioncourage.org*

Keine Privatisierung der Wirtschaftsförderung: BOCHUM. Die Oberbürgermeisterin hat angekündigt, dass noch vor den Sommerferien im Rat ein Grundsatzbeschluss zur künftigen Form der Wirtschaftsförderung gefällt werden soll. Dabei scheint der Wille der Oberbürgermeisterin und der Koalition, die bisher städtische Wirtschaftsförderung in eine privatrechtliche Holding zu überführen, bereits festzustehen. Für die Linksfraktion spricht allerdings nach wie vor nichts für eine Ausgliederung der Wirtschaftsförderung. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Uwe Vorberg: „Zu den bisher gegebenen inoffiziellen Informationen haben wir einige dicke Fragezeichen und auch eine ablehnende Haltung. 1. Festzuhalten ist, dass in den letzten Jahren massiv Arbeitsplätze bei der städtischen Wirtschaftsförderung abgebaut wurden. Dass darunter die Qualität leidet, ist klar. Doch auch in der neuen Holding fallen ohne zusätzliche Finanzmittel keine Stellen vom Himmel. 2. Es ist die Rede davon, dass durch die Auslagerung Synergieeffekte erzielt würden. Das ist eine Behauptung, die bisher durch nichts belegt ist. Vielmehr ist zu befürchten, dass durch die neue Holding zusätzlich hoch bezahlte Führungspositionen zu besetzen sind. 3. Die Frage der steuerlichen Probleme scheint uns vollkommen ungeklärt. Gegebenenfalls werden durch eine neue Umsatzsteuerpflicht Leistungen für die Stadt teurer als bisher. 4. Durch eine Auslagerung der Wirtschaftsförderung wird diese weitgehend der unmittelbaren demokratischen Kontrolle durch den Rat entzogen. Das alles spricht gegen eine Auslagerung der Wirtschaftsförderung in eine private Rechtsform. Aus unserer Sicht gibt es kein Problem mit der Organisationsform, sondern ein gravierendes Problem der Personalausstattung.“

<http://www.dielinke-bochum.de>

Hafengesellschaft rekommunalisieren: LÜBECK. Die Linke fordert den britischen Hafen-Investor Rreef (neuerdings Asset & Wealth Management) und Bürgermeister Saxe auf ihre Blockadehaltung gegen die Beschäftigten des Lübecker Hafens aufzugeben und den Verträgen über die Arbeitnehmersicherung und den neuen Tarifvertrag im Lübecker Hafen zuzustimmen. Die Forderung von Verdi, den Hafen zu rekommunalisieren, kann die Linke nur unterstützen. „Der Verkauf der Anteile der Lübecker Hafengesellschaft (LHG) von 25,1 Prozent, von der damaligen absoluten CDU-Mehrheit im Jahre 2008, ist die Wurzel alles Übels im Lübecker Hafen. Seitdem sind die Beschäftigten im Hafen nur

noch anonyme Subjekte in der Bilanz der LHG, über die die Führungskader des Hafens nach eigenem Gusto bestimmen möchten. Die Beschlüsse der Bürgerschaft werden von dem Bürgermeister und dem Investor einfach unterlaufen. Die Linke fordert die Rekommunalisierung der LHG“, sagt Antje Jansen, Fraktionsvorsitzende der Linken.

<http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen>

Linke Ratsfraktionen strebt Kommunalisierung des ÖPNV an: LÜNEBURG. Die Linke im Rat der Hansestadt Lüneburg hat zur kommenden Ratssitzung am 30. Mai einen Antrag eingebracht, wonach Vorbereitungen für die Kommunalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Lüneburg getroffen werden sollen. Schnellstmöglich sollen notwendige Gutachten und Expertisen eingeholt werden, um einen kommunalen Nahverkehrsbetrieb aufzubauen. Dazu erklärt ihr Fraktionsvorsitzender Michél Pauly: „Wir wollen die Infrastruktur der KVG übernehmen. Unser erklärtes Ziel ist es, dass Stadt und Landkreis Lüneburg dem erfolgreichen Beispiel vieler Nachbarstädte wie Uelzen oder Hamburg folgen und den Nahverkehr im kommunalen Eigentum betreiben. Der Nahverkehr soll dem Gemeinwohl dienen. Das Gemeinwohl steht aber im krassen Widerspruch zu einer profitmaximierenden Unternehmensführung wie die der KVG.“ Der aktuelle Konzessionsvertrag, der die Bestellung des Nahverkehrs mit der KVG regelt, läuft im November dieses Jahres aus. Darin sieht Pauly eine gute Gelegenheit, den Nahverkehr grundsätzlich neu zu regeln und so schnell wie möglich einen kommunalen Nahverkehrsbetreiber zu schaffen.

www.dielinke-lueneburg.de

Rechtsanspruch auf Kita-Platz muss gesichert sein: CHEMNITZ. Der zur Sitzung des Stadtrates am 22. Mai 2013 vorgelegte Kita-Bedarfsplan will aus Sicht der Stadtverwaltung Chemnitz den ab 1. August diesen Jahres geltenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren erfüllen. Kritisiert wird er auf Grund der Tatsache, dass bis 2015 100 Krippenplätze weniger geplant werden als in diesem Jahr. Hierzu erklärt Sabine Pester, Mitglied im Jugendhilfeausschuss: „Dass in der Aktualisierung des Kita-Bedarfsplanes 100 Plätze abgebaut werden sollen, dürfte im Stadtrat niemanden verwundern. Ist dies doch eine EKKo-Maßnahme, die mit großer Mehrheit vom Stadtrat beschlossen wurde. Zu behaupten, die Geburtenrate wird in

den nächsten Jahren steigen, ist reine Kaffeesatzleserei. Ob die Stadt Chemnitz 2014 und 2015 mehr Kinder, weniger oder gleich viel wie 2013 begrüßen kann, kann keiner mit Bestimmtheit sagen. Sollte doch der glückliche Zustand eintreffen, dass mehr Baby geboren werden oder Familien mit Kleinkindern nach Chemnitz ziehen, muss die Stadtverwaltung und der Stadtrat den Bedarfsplan neu aufstellen. Dies gebietet schon allein der ab August geltende Rechtsanspruch. In diesem Fall wird es sicherlich auch keinem Stadtrat, keiner Stadträtin schwer fallen, im nächsten oder übernächsten Jahr einem überarbeiteten Bedarfsplan zuzustimmen. Zumal wir mit dem Plan, die Tagespflege auszubauen, dann auch flexibel reagieren können.“

<http://fraktion.dielinke-chemnitz.de>

Zensus: Übergangsregelungen schaffen, um finanzielle Auswirkungen abzufedern: BERLIN. Statement von Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, zu den Ergebnissen des Zensus 2011: „Die Korrektur der Einwohnerzahlen durch die Ergebnisse aus dem registergestützten Zensus 2011 war insgesamt erwartet worden. Allen Fachleuten war klar, dass der bisherige Bevölkerungsstand mit 81,7 Millionen zu hoch angesetzt war, da er auf der Grundlage von Daten errechnet wurde, die aus dem Jahr 1987 stammen. Auch die Einwohnerzahlen der Städte, Kreise und Gemeinden werden daher nun angepasst. Die Ergebnisse fallen für die einzelnen Kommunen naturgemäß unterschiedlich aus, allerdings mit einigen überraschend deutlichen Korrekturen, insbesondere in Städten mit einem hohen Anteil an Migranten oder Studenten. Hier waren die Zahlen offensichtlich überzeichnet, da nach einem Wegzug Abmeldungen nicht vorgenommen wurden. Die korrigierten Einwohnerzahlen sind für die Kommunen in Deutschland von großer Bedeutung. Nach der Einwohnerzahl richten sich vor allem der kommunale Finanzausgleich und andere finanzwirksame gesetzliche Regelungen. Durch die neuen Zahlen wird es teilweise zu finanziellen Verschiebungen zwischen Kommunen kommen. Für Städte mit Einwohnerverlusten kann es schmerzhaft sein, wenn sich dadurch in Zukunft Zuweisungen verringern. Der Deutsche Städtetag appelliert deshalb an die Länder, Übergangsregelungen zu schaffen, um die finanziellen Auswirkungen von Einwohnerverlusten abzufedern.“

www.staedtetag.de

(Zusammenstellung: ulj)

Köln: Offener Brief an Phantasialand

jugendclub
courage
köln e.V.



Sehr geehrte Damen und Herren, vor einigen Tagen fanden wir im Briefkasten einen Brief mit einem Werbesprospekt von Phantasialand, mit dem anscheinend speziell Jugendorganisationen mit besonderen Tarifen angesprochen werden sollen.

Im beiliegenden Prospekt wird u.a. das „Hotel Matamba“ vorgestellt. Schwarze in merkwürdigen Kostümen aus Fell und anderen „Naturalien“ stehen vor einer Landschaft mit einer Hütte, im Text heißt es „original afrikanische Masken, zahlreiche Malereien und exotische Gerüche lassen Sie im Hotel Matamba den weit entfernten Kontinent Afrika spüren“. Das Ganze erweckt den Eindruck, dass sich die Macher*Innen des Phantasialand noch nie mit Rassismus und rassistischen Stereotypen geschweige denn deutscher Kolonialgeschichte auseinandergesetzt haben – „Matamba“ erinnert in haarsträubender Weise an die koloniale Tradition der Völkerschauen.

Diverse rassistische Stereotypen werden in „Matamba“ (re-)produziert: schwarze Menschen werden als exotische Objekte betrachtet und können damit den Mehrheitsdeutschen als Inspiration für künftige touristische Reiseziele dienen, ist aber wohl kaum als gleichberechtigte kulturelle Begegnung zu verstehen. Im Prospekt und auf der Homepage wird fortwährend von „Afrika“ und „afrikanisch“ gesprochen, als seien über 50 verschiedene Staaten, mehr als eine Milliarde Bewohner*Innen, hunderte von Sprachen unter dem Begriff „Afrika“ zu subsumieren, geschweige denn in einem Hotel widerzuspiegeln. Das, worum es in Phantasialand offensichtlich geht, ist Klischees darzustellen, die eine lange rassistische Geschichte haben. Angebliche Exotik soll dargestellt werden durch Masken, Holz, Tierfellmuster, Skulpturen etc. Das Hotel von außen wirkt wie eine Lehmhütte, als sei dies die typische Behausung von den sog. „Afrikaner*Innen“, welches eine Assoziation von „unzivilisiert“ vs. „zivilisiert“ hervorruft. Auf den Fotos ist eine weiße Kleinfamilie zu sehen, die sich in einer romantisch-verklärten Umgebung in der angeblichen „Exotik“ entspannen kann – das Ganze scheint also ausdrücklich nur für Weiße inszeniert zu werden, (kein Wunder, Schwarze würden sich dort vermutlich auch nicht wohlfühlen.) „Den Alltag vergessen“, wie es angepriesen wird, soll durch Erzeugung einer „anderen“ Welt geschehen, diese soll konträr zum „Eigenen“ sein und ist ihm untergeordnet – Urlaub an diesem Ort für ein paar Tage erscheint da als Abenteuer, aber nicht

als gleichwertiger Lebensort, gegen den die weiße Kleinfamilie ihr Zuhause tauschen würde. Die damit erzeugte Herabsetzung und Exotisierung eines konstruierten „Anderen“ ist damit ein typisches Beispiel für Rassismus, wie er bis heute überall in der Gesellschaft verankert ist.

„Afrika“ wird im Phantasialand mit Abenteuer assoziiert, des weiteren stehen Savanne, Tropik, Safari im Vordergrund – das alles erinnert an Kolonialsprech und rassistische Expeditionen auf (u.a.) den afrikanischen Kontinent, mit denen sich „Deutsche“ vor 150 Jahren gewaltsam Territorien aneigneten und die dort lebende Bevölkerung unterdrückten, versklavten, ermordeten. Hier soll nur kurz auf den ersten deutschen Völkermord im 20. Jahrhundert in Namibia an den Herero 1904–08 hingewiesen werden. Während des Nationalsozialismus wurden Schwarze Deutsche gezwungen, in Völkerschauen aufzutreten, weil ihnen andere professionelle Sphären verschlossen wurden. Viele schwarze Menschen kamen im Zuge der rassistisch begründeten Herabwürdigung und juristisch legalisierten Verfolgung während des Nationalsozialismus ums Leben. Der Umgang mit schwarzen Menschen in der deutschen Geschichte sollte also deutlich machen, dass eine kritische, progressive Auseinandersetzung das Gegenteil von der immer weiteren erniedrigenden Aufrechterhaltung von Stereotypen, wie sie in „Matamba“ tagtäglich produziert werden, sein sollte.

Respektvoller Umgang und sich „vom Alltag erholen können“ ist unserem Verständnis nach auch bzw. gerade für weiße Deutsche etwas völlig anderes. Wie es auf schwarze Menschen wirkt, dass Schwarze als Objekte von weißen Kolonialphantasien dargestellt werden, scheint nicht berücksichtigt zu werden.

Rassismus und Kolonialismus sind aber alles andere als phantasievoll!

Der Jugendclub Courage ist tätig in der antirassistischen und interkulturellen Bildungsarbeit, die Sensibilisierung für Rassismus (ausgeübt von Weißen in Deutschland) ist eines unserer Themen. Es liegt völlig außerhalb unseres Verständnisses, Jugendliche (und Erwachsene) dazu zu animieren, dem Phantasialand unter diesen Umständen einen Besuch abzustatten.

Viel mehr werden wir unsere Mitglieder und Kooperationspartner*Innen für den dort vorzufindenden Rassismus sensibilisieren und davon abraten, das Phantasialand zu besuchen.

Jugendclub Courage

Von der Altbausanierung des Geistes zur „Gentrifizierung“ der Philosophie

Vom 26. bis zum 30. Juni findet in diesem Jahr das erste Mal die „phil.COLOGNE – Internationales Festival der Philosophie“ als Geschwisterveranstaltung der lit.COLOGNE statt.

In einem Radiobericht über das Festival wurde die Situation in der deutschen Philosophie als „Altbausanierung des Geistes“¹ bezeichnet: Alte Gedankengebäude würden neu aufgemöbelt, allerdings nur um die bekannte Situation des Geistes wieder herzustellen. Dem kann soweit nur an wenigen Punkten widersprochen werden. Das Festival soll daher als Gegenentwurf zu dieser Entwicklung im deutschen Universitätsdiskurs dienen. Allerdings wird die so geweckte Vorfreude schnell gebremst, wenn eine*r sich das Programm der phil.COLOGNE genauer anschaut.

„Die Philosophie ist wieder gefragt: Die Welt, in der wir leben, war noch nie so komplex wie heute“ heisst es im Ankündigungstext auf der Website der Veranstaltung.² Mal davon abgesehen, dass das ein historischer Narzissmus ist, dem wohl jede Generation aufs Neue aufsitzt, spiegelt sich die selbstgestellte Aufgabe „die Philosophie in die Mitte der Gesellschaft zu rücken“ leider nur wenig im Programm wider.

An Fragen, die der aktuellen Philosophie gestellt werden können, fehlt es nicht. Ausgewählt wurde aber ein beständiger Kern, der besonders die sogenannte Mitte der Gesellschaft beschäftigt: wie Waren die Konsument*innen auch durch ihr Design erziehen können („Wunderbare Welt der Waren“), oder wie sich Ego und Selbstdarstellung im Zeitalter der modernen Datenauswertung „einem absoluten Optimierungswahn unterworfen“ sehen, den sie gleichwohl selbst geschaffen haben („Das Spiel des Lebens“, interessanterweise diskutiert von Frank Schirrmacher und Ranga Yogeshwar). Im Vortrag „Unbefleckte Empfängnis? – Ethische Probleme der Reproduktionsmedizin“ werden laut Ankündigung die technischen und ethischen Folgen dieser Möglichkeiten diskutiert: es wird jedoch schnell klar, dass der Fokus auf Problemen heterosexueller Paaren liegt. Dass es in Europa gerade heisse Debatten um homosexuelle Elternschaft gibt, und diese Lebensentwürfe ebenfalls im Für und Wider solcher Techniken mitbedacht werden sollten, fällt elegant unter den Tisch.

Das Festival vermittelt den Eindruck, dass die aktuelle Philosophie für politische Fragen immer noch blinder zu sein scheint, als ihr lieb ist: denn der rote

Faden der Nichtbeachtung bestimmter Realitäten zieht sich durch das gesamte Festivalprogramm.³ Auch an anderen Punkten stellt sich daher einmal mehr Resignation ein: Bei einer fünftägigen Veranstaltung mit rund 76 Mitwirkenden sind davon bloß 18 Frauen* und von jenen bestreiten viele ausschließlich die Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche („Klasse: Denken“) am Nachmittag. Auch jüngere Menschen oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte oder Behinderung sind kaum repräsentiert.⁴

Alle Themen werden wie selbstverständlich jenseits gesellschafts- oder kapitalismuskritischer Ansätze verhandelt. Das wäre aber vielleicht auch Zuviel verlangt, bedenkt eine_r, dass das gesamte Festival überwiegend von Lanxess, einem Konzern, der im letzten Jahr 8,8 Milliarden Euro Umsatz verzeichnet hat, gesponsert wird.⁵

Trotzdem kosten alle Veranstaltungen Eintritt (Abendkasse 15 bis 20 Euro, die Kinder- und Jugendveranstaltungen immerhin nur 7 Euro an der Abendkasse). Und wenn eine_r davon absieht, dass das dem Ziel des Festivals „die Philosophie in die Mitte der Gesellschaft zu rücken“ auch dadurch widerspricht, dass es einen gewaltigen Teil der Gesellschaft schlicht durch die finanzielle Hürde ausschließt, wirkt es schon fast zynisch, wenn sich dann Sahara Wagenknecht und Oskar Negt für schlappe 16 bis 21 Euro Eintritt über die prekären Verhältnisse des Arbeitsmarktes unterhalten.

Wir werden sehen, was das Festival bringt. Aber wenn die Altbausanierung des Geistes bloß zur Gentrifizierung der Philosophie durch solche Festivals führt, können wir das auch weiterhin den Universitäten überlassen. Da ist sie zumindest weitestgehend kostenlos für die Zuhörer_innen.

Susanne Kleinfeld

Die Autorin hat Philosophie studiert und ist Bildungsreferentin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW.

1 Am 24.05.2013 im WDR 5.

2 <http://www.philcologne.de>

3 Die einzige Veranstaltung die aus dem Programm etwas herausfällt, ist der Auftritt der Schorsch-Kamerun-Band als Abschluss des Festivals im Kölner Stadtgarten. Das kann in gewisser Weise als Irritation der Selbstversicherung, aber zugleich auch als Ausdrucksmotiv eines „intellektuellen Bürgertums“ gelesen werden: „wir machen noch was Wildes, was mit Kunst.“

4 Dazu eine aktuelle Debatte im Internet zur Podienbesetzung, die HenningWötzel-Werber basierend auf Aussagen von Shaul Kelner („What message does an all-male panel send about who is valued, who is worth listening to, who has something important to contribute to a conversation?“) angestoßen hat:

<http://woetzel-herber.de/2013/01/09/podiumsdiskussionen-als-mannerrunden-ohne-mich/>

5 Quelle: <http://lanxess.de/de/corporate/ueber-lanxess/wer-wir-sind/>

Am 27./28. April fand das Sprockhöveler Treffen „Emanzipatorische Arbeitspolitik – Auseinandersetzung mit aktueller Gewerkschaftspolitik“ statt. Auf der Tagesordnung standen die Themen Europäische Transferunion; Transnationale/ Europäische Unternehmensvereinbarungen; Leiharbeit, Arbeitnehmerüberlassung und Werkverträge; Stand der aktuellen Tarifaufinandersetzungen; Auflösung der klassischen Branchenstrukturen und Mitgliederentwicklung bei den Gewerkschaften und psychische Belastungen als gewerkschaftliches Politikfeld. Zu einigen dieser Themen veröffentlichen wir in dieser und den nächsten Ausgaben Artikel, die den Stand der Diskussion wiedergeben.

Industrielle Prozess- und Produktionsstrukturen im Umbruch – Neue Herausforderungen für die Industriegewerkschaften

Die IG Metall hat es hinbekommen. Noch vor dem Beginn der für Streikmaßnahmen ungünstigen Ferienzeit haben bundesweite Warnstreiks und die Androhung einer Urabstimmung für den Erzwingungsstreik im Tarifbezirk Bayern zu einem respektablen Verhandlungsergebnis geführt. Die Entgelterhöhungen ab Juli 2013 um 3,4 Prozent und ab Mai 2014 noch einmal um 2,2% bei insgesamt 20 Monaten Laufzeit des Tarifvertrages bedeuten trotz ungünstigem wirtschaftlichem

Umfeld – die Prognosen deuten immer stärker auf eine längere wirtschaftliche Stagnationszeit hin – eine reale Erhöhung der Tarifentgelte. Zudem hat die IG Metall beweisen können, dass sie über den traditionellen Pilotbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden hinaus auch anderswo handlungsfähig ist.

Plus für alle! Der Abschluss wird bundesweit übernommen.

Bereits 2012 hat die IG Metall mit 4,3% und vor allem mit der Vereinbarung

Ein Betrieb – eine Gewerkschaft? Das Werksgelände von BMW in Leipzig

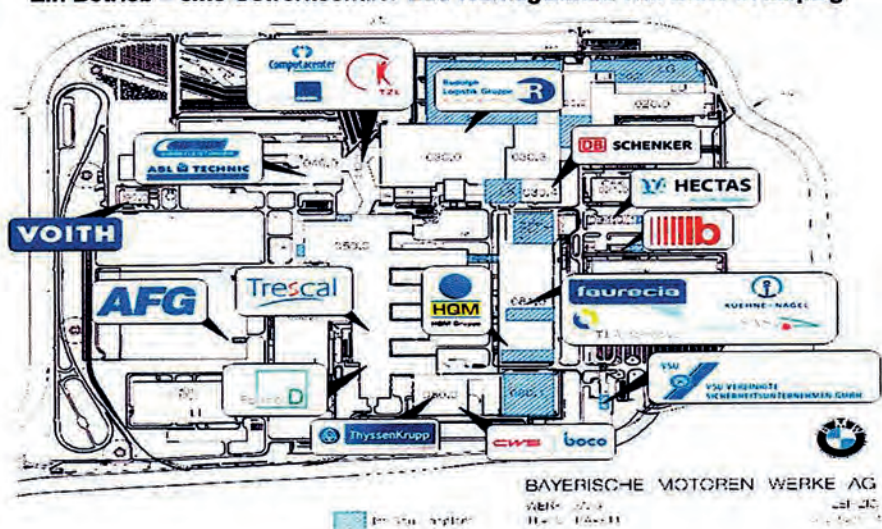


Bild: Struktur der Wertschöpfungskette in der Automobilindustrie

„OEM“ (englischer Ausdruck für „Erstausrüster“) ist der geläufige Ausdruck für „Markenunternehmen“, in der Automobilindustrie also für Konzerne wie VW, Audi, BMW usw.

mit dem Verband der Zeitarbeitsunternehmen über Branchenzuschläge für Leiharbeiter(innen) einen bemerkenswerten Erfolg errungen. Die Wirtschaftspresse dieser Tage berichtet inzwischen über einen spürbaren Rückgang der Leiharbeitsverhältnisse. Das Geschäftsmodell von Dumpinglöhnen durch Leiharbeit insbesondere für einfache Arbeiten ist angekratzt.

Umbrüche in der Produktionsstruktur

Dennoch fürchtet die IG Metall um ihre zukünftige Wirkungsmächtigkeit. Dies hat nichts mit der Organisationsentwicklung zu tun. Die ist eher gut. Verantwortlich sind vielmehr fundamentale Umbrüche in der Prozess- und Produktionsstruktur vor allem der

großen Konzerne der Exportindustrie, namentlich im Automobil- und Fahrzeugbau. Die globale Struktur mit Deutschland als Exportwunderland ist sichtbar immer mehr unter Druck. Viele industrielle Fertigungen werden weiter verlagert – nach Osteuropa, in die Türkei, nach Asien. Gleichzeitig geht der technologische Aufholprozess von Unternehmen aus Ländern wie China, Vietnam, Indonesien, Südkorea, Türkei usw. weiter. In immer mehr Bereichen werden Unternehmen aus diesen Ländern auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, wenn nicht sogar technologisch führend. Um gegen diesen Druck standzuhalten, Arbeitsplätze in Fertigungsbereichen hierzulande wenigstens teilweise noch zu erhalten, ha-

ben Betriebsräte und Gewerkschaften in den letzten Jahren immer wieder Outsourcing-Plänen ihrer Arbeitgeber nachgegeben.

Die Entwicklung findet schon seit Jahren statt und sie beschleunigt sich. Der Anteil der sogenannten Kernbelegschaften geht stetig zurück aufgrund von Leiharbeit, vor allem aber zunehmend aufgrund von Ausgliederung von Aufgaben und Fremdvergabe in Form von Werkverträgen. Die bisherigen Definitionen von Branchen und von Betrieben entsprechen nicht mehr der Realität. In den Unternehmen von früher waren Entwicklung, Produktion und Vertrieb in einer Einheit zusammengefasst. Das heutige Organisationsmodell gleicht einer ganzen Kette

Prekäre Beschäftigungsarten im Überblick

Teilzeitbeschäftigung: Alle Arbeitnehmer/-innen, die weniger als die normale tarifliche Arbeitszeit vereinbart haben, sind teilzeitbeschäftigt. Auch Mini- und Midijobs sind Formen der Teilzeit. Minijobs werden mit bis zu 400 Euro monatlich entlohnt, Midijobs decken diese so genannte Gleitzone bis zu 800 Euro monatlich ab. Teilzeitbeschäftigte sind normale Beschäftigte, zählen zur Stammbesellschaft und unterliegen den tarifvertraglichen Bedingungen. Nur steuerlich werden diese Arbeitsverhältnisse anders behandelt: Ursprünglich als Zuverdienst gedacht, ist ein Minijob für viele Menschen heute die einzige Einnahmequelle – und ein Auskommen ist nur mit staatlichen Transferleistungen möglich. Betriebsräte müssen bei Teilzeitbeschäftigten (auch Mini- und Midijobs!) vor allem auf die korrekte Eingruppierung achten sowie auf Fragen der Urlaubs- und Entgeltfortzahlung. Hier gibt es in der Praxis die meisten Probleme. Praktikum/Werkstudium: Fast jeder Mensch hat in seiner Schulzeit ein Praktikum gemacht. Heute gibt es alle möglichen Arten von so genannten Praktika, oft werden Praktikanten als billige Arbeitskräfte missbraucht. Betriebsräte müssen nun von Fall zu Fall unterscheiden, welcher Rechtsstatus vorliegt: Schüler/-in oder Arbeitnehmer/-in? Sind die Praktikanten und Werkstudenten/-innen im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung im Betrieb? Ist ihnen ein Ausbilder zugeteilt oder arbeiten sie einfach nur? Wenn Praktikanten Arbeitnehmerstatus haben, steht ihnen auch eine entsprechende Entlohnung zu!

Leiharbeit: Ein Verleihbetrieb überlässt die Leiharbeiter/-innen einem Dritten, der diese nach eigenen betrieblichen Erfordernissen einsetzt. Das Arbeitsverhältnis besteht mit dem Verleihbetrieb, von dem der/die Beschäftigte auch sein/ ihr Geld bekommt. Die Arbeitsleistung erbringt der/die Be-

schäftigte jedoch im Entleihbetrieb und für seine/ ihre Tätigkeiten dort unterliegt er/sie dessen Direktionsrecht. Aus diesem Dreiecksverhältnis ergeben sich viele Probleme in der Praxis: Welcher Betriebsrat ist für die korrekte Entlohnung zuständig? An welchen Betriebsversammlungen dürfen die Beschäftigten teilnehmen? Wer ist für die Einhaltung der Arbeitssicherheit zuständig? Formal haben Leiharbeiter/-innen die gleichen Rechte wie andere Arbeitnehmer/-innen auch – leider jedoch meistens nur auf dem Papier. Denn durch die Vertragspraxis vieler Verleiher läuft der Kündigungsschutz ins Leere. Und ein/-e Leiharbeiter/-in im Bereich der Metall- und Elektroindustrie bekommt bis zu 40 Prozent weniger Gehalt als sein/ihr fest angestellter Kollege/Kollegin, der/die die gleiche Arbeit macht.

Werkvertrag: Der Werkunternehmer verpflichtet sich zur Herstellung eines bestimmten Werkes (Erfolges). Die Abrechnung geschieht erfolgsorientiert – nicht in Zeiteinheiten. Mitarbeiter des Werkunternehmers dürfen lediglich bis zu einem gewissen Grad in die Arbeitsabläufe des Bestellers eingebunden sein. Sie unterliegen aber nicht dem Direktionsrecht des Kundenbetriebs. Ansonsten liegt ein Fall von Leiharbeit vor! Werkverträge sind aus vielen Betrieben nicht mehr wegzudenken. In den letzten Jahren lässt sich aber vermehrt ein Missbrauch dieser Vertragsform feststellen: Nach einer Betriebsrätebefragung im Frühjahr 2011 nutzen 34 Prozent der Betriebe Werkverträge zum Abbau von Stammbesellschaften.

Schein-Werkvertrag: Wo verläuft die Grenze zwischen einem Werkvertrag und illegaler Arbeitnehmerüberlassung? Wenn Arbeitskräfte voll in den Betrieb des Entleihers eingegliedert sind, ihre Arbeit allein nach dessen Weisungen ausführen und exakt wie seine eigenen Arbeitnehmer/-innen eingesetzt wer-

Quelle: IG Metall / Viel Arbeit am Rand. Werkverträge und Outsourcing: Arbeitshilfe für Betriebsräte

den, spricht man von einem Schein-Werkvertrag – und das ist illegal. Der Betriebsrat hat die Möglichkeit, sich nach § 80 (2) BetrVG die Werkverträge zeigen zu lassen und diese zu prüfen. Falls ein Schein-Werkvertrag vorliegt, sollte der BR verlangen, die rechtswidrigen Beschäftigungsverhältnisse aufzulösen und die betroffenen Beschäftigten fest einzustellen.

Dienstverträge: Anders als beim Werkvertrag wird bei Dienstverträgen kein bestimmter Erfolg, sondern eine bestimmte Tätigkeit geschuldet. Ein Dienstvertrag liegt nur dann vor, wenn der dienstleistende Unternehmer in eigener Verantwortung und nach eigenem Plan tätig ist – entweder in Person oder mittels seiner Arbeitskräfte. Das betrifft die Organisation der Dienstleistung und zeitliche Disposition ebenso wie Zahl und Eignung der Erfüllungsgehilfen. Das dienstleistende Unternehmen ist im Wesentlichen frei von Weisungen des Drittbetriebs; Arbeitszeiten können selbst bestimmt werden. Ist dies nicht der Fall, liegt ein Missbrauch der Vertragsform vor.

Selbstständiger Dienstvertrag: Arbeitnehmer/-innen mit Arbeitsvertrag oder Freiberufler/-innen erbringen Dienstleistungen eigenverantwortlich, selbstständig und unter Umständen mit eigenen Mitarbeitern/-innen. Erfüllt wird der Dienstvertrag durch das bloße Tätigwerden.

Freie Mitarbeit: Der Freelancer führt einen Auftrag aus oder betreut ein Projekt für ein Unternehmen, ohne beschäftigt zu sein. Der meist hoch spezialisierte „freie Mitarbeiter“ bleibt auf diese Weise unabhängig, muss aber das unternehmerische Risiko tragen. Achtung: In vielen Fällen liegt eine Scheinselbstständigkeit vor. Sofern der Freelancer eine Tätigkeit in persönlicher und weisungsgebundener Abhängigkeit gleich einem Arbeitnehmer leistet, liegt ein Fall von Arbeitnehmerüberlassung vor. Dies ist per Gesetz verboten.

von Unternehmen von Zuliefern, Serviceunternehmen, Logistikunternehmen bis hin zum „Kernunternehmen“. Bei der „Kette“ handelt es sich um eine regelrechte Wertschöpfungskette. Das Kernunternehmen VW z.B. erbringt an der Fertigung des VW-Golf lediglich noch 25 % der Gesamtwertschöpfung, bei Porsche und BMW in Leipzig soll die sogenannte „Fertigungstiefe“ nur noch 20% ausmachen. Den Rest der Wertschöpfung erbringen sowohl Zulieferer aus der Tschechischen Republik, Rumänien, Ungarn, der Türkei, der Ukraine usw. als auch Industriedienstleister in und um den Standort des Stammbetriebes. Ziel dieser Konzernstrategien ist eine deutliche Senkung der Produktionskosten und die Möglichkeit der flexiblen Reaktion auf Markt- und Konjunkturschwankungen. Im Fokus stehen dabei vor allem die Bereiche Logistik, Instandhaltung, Verpackung, Immobilien- bzw. Facility-Management, aber eben auch andere fertigungsnahe Dienstleistungen. Unternehmen, die solche „Dienstleistungen“ anbieten, sind in den letzten Jahren auf Belegschaftsstärken angestiegen, die es mit manchem Dax-Konzern aufnehmen kann.

Die Folgen für die Gewerkschaft: Statt der Organisation der gewerkschaftlichen Arbeit in einem Betrieb sieht sich die IG Metall heute damit konfrontiert, dass die gleiche Arbeit, die früher in einem Betrieb geschah, nunmehr mit einer Vielzahl von Unternehmen und ihren Beschäftigten auf einem Gelände, das einem Industriepark gleicht, erbracht wird. Die Crux dabei ist: Nur noch ein (immer geringerer) Teil der Belegschaften gehört dem Organisationsbereich der IG Metall an und unterliegt dem Metall-Tarifvertrag.

Die Folgen: Tarifliche Standards und Strukturen werden durch „Billiganbieter“ unterlaufen, Mitbestimmungsstrukturen der Betriebsräte verlieren an Bedeutung, die Arbeitsbedingungen der Stammbesellschaften geraten unter Druck, statt Aufbau von Stammbesellschaften findet das Gegenteil statt. Aktuell betreibt z.B. die Konzernführung Daimler eine Aufholjagd gegenüber den Premium-Wettbewerbern Audi und BMW, die in der Verfolgung des Trends deutlich weiter sind. Die Investoren verlangen höhere Margen, als Mercedes gegenwärtig erwirtschaftet. Firmenchef Zetsche reagiert mit einem Kosteneinsparungsprogramm in Milliardenhöhe.

Gesucht: eine Strategie gegen weitere Tariffucht

Bei der Kampagne gegen die Leiharbeit hat die IG Metall bewiesen, wie durch das Wirken der Mitglieder in den Stammbetrieben bislang außen stehende Bereiche erschlossen werden konnten. Die über Jahre geführte Kampagne hat das Lager der Arbeitgeber am Ende zermürt.

Der Widerstand gegen Outsourcing, Fremdvergabe und Werkverträge scheint allerdings ungleich komplizierter und differenzierter. In vielen Unternehmen gingen schon in den letzten Jahren Teile der Wertschöpfungskette für die IG Metall nachhaltig verloren. Es bietet sich keine pauschalierende Forderung an. Nicht alle Werkverträge und Fremdvergaben sind verwerflich.

Unter Umständen muss in Zukunft die Tarifstrategie weiter gefasst werden. Denkbar sind Vereinbarungen über Verpflichtungen, die Arbeitgeber im Sinne verpflichtender Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen

gegenüber anderen Vertragspartnern umzusetzen haben, auch wenn diese Vertragspartner nicht direkt den Tarifstandards der IG Metall unterliegen.

Vorläufig hat der Vorstand der IG Metall die IGM-Verwaltungsstellen bundesweit angewiesen, bis zum September dieses Jahres eine genauere Erfassung des Wirkens der Werkvertragsfirmen vor Ort vorzunehmen, um auf dieser Basis geeignete Strategien entwickeln zu können.

Zudem soll auf der rechtlichen Ebene die Beschränkung der Zuständigkeit der Betriebsräte nach dem Betriebsbegriff des Betriebsverfassungsgesetzes überwunden werden. Auf einem Hearing des Bundesarbeitsministeriums in diesem Frühjahr zum Thema Werkverträge und Lohndumping hat die IG Metall Änderungen am Betriebsverfassungsgesetz angeregt, die die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte auch auf Werkverträge ausdehnen sollen. Ob das eine erfolversprechende Strategie ist oder ob die Betriebsräte dadurch nicht am Ende überfordert werden, ist aber offen.

Gewerkschaftliches Handeln muss Lösungen für alle Beschäftigten in einem Wertschöpfungszusammenhang bieten, auf einem Werksgelände und auch darüber hinaus. Wenn sie sich auf eine kleine, gut bezahlte Stammbesellschaft zurückdrängen lässt, ist sie in hohem Maße angreifbar. Diese Gefahr hat die IG Metall erkannt und sie beginnt, ihre Strategie umzusteuern.

Bruno Rocker, Rüdiger Lötzer

Quellen: Die Bilder „Werksgelände von BMW in Leipzig“ und „Struktur der Wertschöpfungskette in der Automobilindustrie“ entstammen Materialien der IG Metall-Kampagne „Fair statt prekär“.

Schwarze Listen im englischen Bausektor

Ein dem schottischen Unterhaus am 26. März vorgelegter Bericht deckt die Praxis des Gebrauchs schwarzer Listen in der englischen Bauwirtschaft auf. Sich über den Kauf schwarzer Listen unliebsame Gewerkschafter vom Hals zu halten, war im Vereinigten Königreich über Jahrzehnte üblich. Dass es heute noch Praxis ist hat Überraschung ausgelöst. Für die Bauwirtschaft wird geschätzt, dass diese Praxis in den letzten Jahren mehr als 3 000 Bauarbeitern die beruflichen Perspektiven zerstört hat.

Das britische Amt für Datenschutz (ICO) fand heraus, dass 44 britische Bauunternehmen schwarze Listen erworben haben. Es kennzeichnet die Praxis zwar als ungesetzlich, dem Datenschutzamt wird aber vorgeworfen, die Praxis nicht rigoros unterbunden zu haben. Es war die 1993 gegründete „Consulting Association“, die Firmen

für einen Jahresbeitrag von 3 000 englischen Pfund mit den entsprechenden Listen versorgte und 2,20 Pfund für eine individuelle Anfrage in Rechnung stellte. 2009 wurden Geldstrafen gegen Mitarbeiter der Firma ausgesprochen, deren Geschäfte allerdings nicht beendet. Die britischen Gewerkschaften gehen davon aus, dass es keinen ausreichenden Schutz gegen die verbreitete Praxis gibt.

Viele der britischen Unternehmen, die als Bezieher der Listen entdeckt wurden, sind Tochterfirmen von europäischen multinationalen Unternehmen wie Skanska (Schweden), Vinci (Frankreich) und BAM (Niederlande). Alle hier angeführten Unternehmen gehören zu den größten in der Branche. Brisant neben dem eigentlichen Skandal: alle aufgeführten Unternehmen haben „Internationale Rahmen-

vereinbarungen“ unterzeichnet, meist mit der Internationalen Bauarbeitergewerkschaft (BHI) und den jeweiligen nationalen Gewerkschaften sowie den Europäischen Betriebsräten in den Konzernen. Bestandteil dieser Vereinbarungen ist immer, ILO-Kernarbeitsnormen einzuhalten und die Koalitionsfreiheit zu garantieren.

Innerhalb der Gewerkschaften wird nun debattiert, ob eine Suspendierung der Internationalen Rahmenvereinbarungen die richtige Reaktion oder Verhandlungen über eine nachprüfbar Beendigung dieser üblen Praxis der richtige Weg ist. Generell besteht die Kritik an den Internationalen Rahmenabkommen, dass ihre Einhaltung nur schwer überprüfbar ist und Firmen immer wieder gegen sie verstoßen, sie aber gern als Aushängeschild benutzen, insbesondere für Ethik-Bewertungen.

Rolf Gehring

Metall-Pilotabschluss stößt bei Maschinenbau-Verband auf Kritik. *HB, Mi., 15.5.13.* Der Pilot-Tarifabschluss für die Metall- und Elektroindustrie findet keine einhellige Zustimmung. So kritisierte der Maschinenbau-Verband VDMA das Fehlen flexibler Lohnanpassungen. Die aktuelle und prognostizierte Lage sei für die Maschinenbau-Unternehmen sehr unterschiedlich, so dass der Abschluss für einige Betriebe keineswegs einfach zu schultern sei. „Umso wichtiger wären in diesem Zusammenhang weitergehende tarifvertragliche Regelungen gewesen, die eine flexiblere Lohnanpassung zugelassen hätten“, heißt es in einer Erklärung des Verbandes.

Industrieverband protestiert gegen EU-Pläne. DIHK gegen Entlastung von Krisen-Ländern. *Neue Osnabrücker Zeitung, Mi., 31.5.13.* Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) protestiert gegen die Bereitschaft der EU, verschuldeten Ländern Geldbußen in Milliardenhöhe zu ersparen. DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben sagte, die für sechs Länder geplante Fristverlängerung bei den Sparvorgaben sei das falsche Signal. Damit drohe sich ein Fehler zu wiederholen, der in die Staatsschuldenkrise geführt habe. Das Herausrechnen von Infrastrukturausgaben nannte Wansleben Augenschweerei. „Es gibt keine guten und schlechten Schulden“, betonte er. Nach seiner Einschätzung führe dies im Ergebnis auch zu neuem Misstrauen auf den Finanzmärkten. Portugal, die Niederlande, Frankreich, Slowenien, Belgien und Spanien werden nach dem Willen Brüssels in ihren Defizitverfahren verlängerte Fristen erhalten, um die Schuldengrenze des Maastrichter Vertrags von drei Prozent der Wirtschaftsleistung wieder einzuhalten. Belgien, die Niederlande und Portugal sollen ein zusätzliches Jahr erhalten, Frankreich, Slowenien und Spanien zwei.

BDI will auf Strafzölle gegen China verzichten. *BDI-Pressemitteilungen, Mi., 21.5.13.* Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) warnt vor einer Eskalation des Konflikts im deutsch-chinesischen Handel. „Vor Einleitung von Anti-Dumping-Verfahren gegen China sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, auf dem Verhandlungsweg Lösungen zu finden“, erklärte BDI-Präsident U. Grillo zu den jüngsten Handelsstreitigkeiten zwischen der EU und China. Mit 67 Mrd. Euro gingen 2012 gut sechs Prozent der deutschen Exporte nach China. Nach Angaben des BDI entfallen rund eine Million Arbeitsplätze auf den deutschen Warenexport nach China. Der Anteil Chinas am deutschen Außenhandel und an den Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen ist kontinuierlich gestiegen.

Zusammenstellung: rst

Bundesarbeitsgericht bestätigt Kündigung eines Mannheimer Caritas-Mitarbeiters wegen Kirchenaustritts

Empörendes Urteil zu Gunsten der Arbeitgeber in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 25. April die Kündigungsschutzklage des Sozialpädagogen Thomas Hellhake gegen seine Arbeitgeberin, den Caritasverband Mannheim e.V., abgewiesen (2 AZR 579/1). Hellhake war seit 1992 bei der Caritas beschäftigt. Er trat im Februar 2011 aus der katholischen Kirche aus. Daraufhin kündigte ihm die Caritas mit Verweis auf die kirchlichen „Arbeitsvertragsrichtlinien“ (AVR), die einen solchen Schritt als Kündigungsgrund festschreiben.

In dem Konflikt zwischen dem Grundrecht auf Religionsfreiheit nach Art. 4 GG und dem Selbstgestaltungsrecht der Kirchen nach Art. 140 GG hat sich das BAG in Fortsetzung seiner bisherigen Rechtsprechung vollkommen einseitig auf die Seite der kirchlichen Organisationsfreiheit geschlagen. Hellhake hatte erklärt, er könne es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren, einer Kirche anzugehören, in der Kinder und Jugendliche jahrzehnte lang ungestraft missbraucht werden konnten, in der eine Piusbruderschaft gefördert werde und die in ihrem Karfreitagsritus antijüdische Tendenzen erkennen lasse. (BAG Pressemitteilung 29/13)

Die Vertreter der Caritas machten geltend, die Kirche habe das Recht, von ihren Mitarbeiter/innen besondere Loyalität zu verlangen. Ein Kirchenaustritt bedeute Loyalitätsbruch.

Das BAG bestätigte die Rechtsauffassung: Der Kläger leistete „unmittelbar ‚Dienst am Menschen‘ und nahm damit am Sendungsauftrag der katholischen Kirche teil. Ihm fehlt infolge seines Kirchenaustritts nach dem Glaubensverständnis des Beklagten die Eignung für eine Weiterbeschäftigung im Rahmen der Dienstgemeinschaft. Zwar hat auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit des Klägers ein hohes Gewicht. Sie musste aber hier hinter das Selbstbestimmungsrecht des Beklagten zurücktreten. Dieser kann im vorliegenden Fall von den staatlichen Gerichten nicht gezwungen werden, im verkündigungsnahen Bereich einen Mitarbeiter weiterzubeschäftigen, der nicht nur in einem einzelnen Punkt den kirchlichen Loyalitätsanforderungen nicht gerecht geworden ist, sondern sich insgesamt von der katholischen Glaubensgemeinschaft losgesagt hat.“ (BAG Pressemitteilung Nr. 29/13).

Die Humanistische Union verurteilt in einer Erklärung diese Unterordnung der persönlichen Freiheitsrechte: Sie „sieht das Urteil des obersten deut-

schen Arbeitsgerichts in auffälligem Gegensatz zur neueren Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Der hatte im Herbst 2010 ein ähnliches Urteil des Bundesarbeitsgerichts verworfen. Damals hatte die katholische Kirche einen langjährig bei ihr beschäftigten Kirchenmusiker entlassen, nachdem dieser sich scheiden ließ und eine neue Partnerschaft einging.“ (HU Pressemitteilung, Religion – 26.4.13). Das Urteil sei nicht mehr zeitgemäß.

Das Europäische Recht übrigens hat die bestehenden nationalen Besonderheiten im Recht der Religionsgemeinschaften sehr weitgehend bestehen lassen. In der „Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf“ heißt es in Art. 4 Abs. 2: „Die Mitgliedstaaten können in Bezug auf berufliche Tätigkeiten innerhalb von Kirchen und anderen öffentlichen oder privaten Organisationen, deren Ethos auf religiösen Grundsätzen oder Weltanschauungen beruht, Bestimmungen (...) beibehalten (...) wonach eine Ungleichbehandlung wegen der Religion oder Weltanschauung einer Person keine Diskriminierung darstellt (...)“.

Schutz der Religionsfreiheit individuell versus institutionell

Die Grundrechte der Einzelnen (hier Art. 4) stehen nicht umsonst am Anfang gleichsam über dem Grundgesetz. Das BAG verwechselt offensichtlich absichtsvoll die Rangordnung der Rechtsnormen und entscheidet die grundsätzlich widersprüchliche Rechtslage zu Gunsten der kirchlichen Institutionen.

Die Widersprüchlichkeit ist im Grundgesetz bereits angelegt. Zweifelsfrei gehört zu einer freien Religionsausübung auch das Recht, Religion gemeinschaftlich auszuüben und sich zu einer Kirche zu bekennen oder eben auch keiner Religion anzugehören und

sich zu keiner Religionsgemeinschaft zu bekennen.

Wie die Kirchen sich organisieren können, regelt das Grundgesetz in Art. 140 nicht eigenständig, sondern es übernimmt die Art. 136 bis 141 der Weimarer Reichsverfassung. Diese billigt den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.“ (Art 137 Abs. 3 WRV).

Doch diese Schranken sind löchrig – insbesondere im Arbeitsrecht. Hier gilt der Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit im Falle der Abweichung nicht. Das Betriebsverfassungsrecht ist in weiten Teilen Religionsgemeinschaften gegenüber außer Kraft gesetzt. Am ehesten setzt das Strafgesetzbuch auch den Religionsgemeinschaften Schranken. Gäbe es im Geltungsbereich dieses Gesetzes noch Religionen mit rituellem Menschenopfer, würde das StGB auf Basis des Grundrechts der körperlichen Unversehrtheit greifen. Einen Hauch dieser Logik bemühten bekanntlich letzthin möglicherweise antisemitisch bzw. antiislamisch motivierte Kläger gegen die rituelle Beschneidung männlicher (Kleinst)kinder – nicht ganz erfolglos. Die dogmatisch begründete Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in manchen Religionsgemeinschaften, die dem grundgesetzlichen Gleichheitsgebot von Männern und Frauen widerspricht, zählt hingegen nicht als Verletzung der „Schranken des für alle geltenden Gesetzes“. Im Gegenteil, die Religionsgemeinschaften erhielten im Antidiskriminierungsgesetz AGG ausdrücklich weitgehende Freiräume für religiöse und geschlechtsabhängige Diskriminierungen. Wie kann das sein?

Die Antwort gruppiert sich um den Gedanken des „Tendenzschutzes“, den Religionsgemeinschaften ebenso wie politische Parteien, irgendwelche Überzeugungsvereine oder z.B. richtungsgebundene Medien in Anspruch nehmen können.

Wo enden „Tendenz“schutz und -bindung? Die Maßlosigkeit des „Verkündigungsauftrags“ und der „Mission“ der Kirchen

Dass ein muslimischer Prediger beispielsweise die katholische Kirche nicht zwingen können soll, ihn diskriminierungsfrei in einen Pfarrkonvent aufzunehmen, mag noch nachvollziehbar sein. Auch die Humanistischen Union sieht das so. Sie kommentiert angesichts des zitierten Urteils: „Ausnahmen (von dem „für alle geltenden Gesetz“; Anm. Verf.) darf es nur für Geistliche, Ordensangehörige und leitende Kirchenvertreter geben.“ Auch

das BAG scheint zunächst auf eine Eingrenzung der religiösen Anforderung gegenüber „kirchlichen Mitarbeitern“ abzuheben: Es bescheinigte Thomas Hellhake: „Der Kläger arbeitete in einem sozialen Zentrum, in dem Schulkinder bis zum 12. Lebensjahr nachmittags betreut werden. Die Religionszugehörigkeit der Kinder ist ohne Bedeutung. Religiöse Inhalte werden nicht vermittelt“.

Im Selbstverständnis der christlichen Religion ist diese Einschränkung jedoch gegenstandslos.

(Nicht nur) die christlichen Religionen begnügen sich bekanntlich nicht mit der Organisation des Seelenheils der eigenen Anhängerschaft. Sie pflegen auch seit jeher den Gedanken der Heilsverbreitung, der missionarischen „Verkündigung“ gegenüber jedermann, insbesondere gegenüber den „verlorenen“ Nichtangehörigen der eigenen Religion, mögen es nun die Bewohner kolonisierter Länder oder die vom Glauben abgefallene Kinder der Säkularisation sein. Dieser fatale Ansatz ist zweifelsfrei essentieller Bestandteil der unter Schutz gestellten Religion. Aus dieser Sicht gibt es nicht nur die verbale, predigende Mission, sondern auch die praktisch tätige Mission der „Werke der Liebe“.

Das BAG hat in seinem Urteil die Unterordnung der gesamten kirchlich organisierten Tätigkeiten der freien Wohlfahrtspflege, hier die Tätigkeit eines Sozialpädagogen, als religiöse Betätigung gewertet, s.o. im Begriff „verkündigungsnahe Bereich“.

Das Gericht betont: „Dieses Recht (der Selbstgestaltung) kommt neben den verfassten Kirchen auch den ihnen zugeordneten karitativen Einrichtungen zu.“ Der weltanschauliche und ethische Bindungs-Anspruch der Kirche wird also über all ihre „Konzern-töchter“ ausgedehnt.

Der kirchliche Missionsgedanke reklamiert den Übergriff auf die gesamte nichtkirchliche Welt als Ausdruck der eigenen Religiosität, die unter Schutz zu stellen sei. Gebührt auch dem „Kalif von Köln“ dieser Schutz, wenn er die ganze nichtislamische Welt der Scharia unterwerfen möchte?

Eine säkulare, emanzipierte und pluralistische Gesellschaft braucht das Recht, sich gegen den institutionalisierten religiösen Übergriff zu wehren – Religionsfreiheit eben!

Wenn die kritischen Reaktionen auf das BAG-Urteil oft hervorheben, das Urteil sei „nicht mehr zeitgemäß“, so klingt dies zunächst im rechtlichen Sinn schwach. Das Gericht ist an das Grundgesetz gebunden, nicht an Modernität. Tatsächlich aber bringt die Kritik wichtige Gesichtspunkte zur Sprache: Die historische Weiterentwicklung der Gesellschaft, ihrer so-

zialen Strukturen und ihrer Diversifizierung. Die Säkularisierung, die Ablösung von den Institutionen der bisher dominanten Religion ist eine dieser Entwicklungsrichtungen (die übrigens nicht unbedingt mit dem Ausmaß und der Intensität von „religiösem Bewusstsein“ in der Gesellschaft korreliert). Die kirchlichen Institutionen, insbesondere die „Konzerne“ der beiden großen christlichen Bekenntnisse verfügen über sehr viel mehr Macht und Wirtschaftskraft, als es ihrer Mitgliedschaft entspricht.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist die in Deutschland nicht konsequent durchgeführte Trennung von Kirche und Staat. So ermöglicht ihnen das Steuerprivileg nebst den weiteren Inhalten der Staats-Kirchenverträge mächtige und medial omnipräsente Organisationen zu unterhalten. Nicht zu vergessen ist der umfassende Grundbesitz, über den beide Kirchen seit alters verfügen.

Diese Macht verschafft den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden auch einen erheblichen Konkurrenzvorteil gegenüber den nichtreligiös gebundenen freien Wohlfahrtsverbänden, die alle zusammen einen wesentlichen Teil der Sozial-, Bildungs-, Heil- und Pflegewirtschaft betreiben. Staat, Kommunen und Private sind die weiteren Träger dieser gesellschaftlichen Bereiche. Dies Nebeneinander bzw. die Bevorzugung der nichtstaatlichen und nichtkommunalen Träger resultiert aus dem Subsidiaritätsprinzip.

Subsidiarität auf dem Prüfstand? Oder kirchliche Vereinnahmung öffentlicher Finanzierung?

Die Verlockung ist groß, dieses Subsidiaritätsprinzip für die Übermacht der kirchlichen „Konzerne“ verantwortlich zu machen und konsequenterweise seine Beseitigung zu fordern.

Dies wäre jedoch ein Akt puren Ektismus, purer Staatsgläubigkeit. Unter dem gleichen Dach der Subsidiarität bewegen sich Selbsthilfegruppen, Vereine, genossenschaftliche und autonome Einrichtungen. Lediglich im Bereich der schulischen Bildung hat sich berechtigterweise ein Vorrang staatlicher Einrichtungen durchgesetzt.

Wenn man idealtypisch vom liberalen Recht der selbstbestimmten Organisation z.B. einer kleinen Pflegeeinrichtung ausgeht, sei es auch einer religiös gefärbten, so ergibt sich das Bild einer konsensualen Einrichtung: Es arbeiten dort Menschen, die sich der speziellen Ausrichtung der Einrichtung verpflichtet fühlen, es werden dort Menschen versorgt, die ebenfalls (bei bestehender Wahlfreiheit) diese Ausrichtung bevorzugen. In aller Regel erfolgt die Finanzierung aus öffentlichen Quellen (Sozialversicherungen, staatliche Zuschüsse). Hier ist auf Seiten der

Institution, der dienstleistenden wie der leistungsnehmenden Menschen bezogen auf die inhaltliche Ausrichtung Symmetrie zu unterstellen.

In den Einrichtungen der Kirchen ist diese Symmetrie seit langem abhanden gekommen (wenn sie jemals bestand): Weder die Dienstleistenden fühlen sich von Haus aus der jeweiligen Prägung der Einrichtung verpflichtet noch erwarten und wünschen die Leistungsnahmer diese Ausrichtung. Geistliche in einem christlichen Krankenhaus können dies sicherlich bestätigen. Die Finanzierung erfolgt öffentlich. Es herrscht zwischen der Institution und den beteiligten Menschen sowie der Finanzierung völlige Asymmetrie.

Man bedenke: Caritas und Diakonie beschäftigen allein schon über eine Million hauptberuflich Tätige. Sie betreiben ca. 52 000 Einrichtungen mit ca. 2,1 Millionen Plätzen. Diese gewaltige sozial- und gesundheitswirtschaftliche Macht steht in keinem Verhältnis zu dem, was an kirchlichen Werken übrig bliebe, wenn diese wirklich nur von religiös motivierten Menschen als Ausdruck ihrer Frömmigkeit betrieben würden. Es ist bezeichnend, dass die Diakonie beispielsweise für ihre Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern einen Anteil von 57% Mitarbeiter/innen ohne Religionszugehörigkeit ausweisen muss (http://www.diakonie.de/media/Texte-06_2011-Mitarbeitendenstatistik.pdf).

Hinter dem religiösen Problem verbirgt sich auch ein wirtschaftliches Interesse

Der „Überhang“ der Kirchen über „ganz gewöhnliche“, einem humanen Ethos zuzuordnende Einrichtungen ist historisch bedingt und aktuell gewollt. Er hatte schon immer etwas mit dem Verhältnis der Wohlhabenden und Herrschenden zu gesellschaftlichem Elend, Armut und Leid zu tun:

Das Bürgertum der frühen Städte ließ die Versorgung auf Almosenbasis vollziehen. Den Kirchen kam dabei aufgrund ihrer Wirtschaftskraft eine bedeutende Rolle zu. Der „Rest“ wurde ordnungsrechtlich „erledigt“: Verweisung der Armen und Siechen vor die Tore.

Erst die moderne bürgerliche Gesellschaft brachte unter dem Druck der Arbeiterbewegung Rechtsansprüche auf Versorgung und Hilfe hervor. Damit verloren die Institutionen ihren religiösen Begründungszusammenhang. Die staatliche Pflicht zu „Daseinsvorsorge“ und Wohlfahrt trat in Erscheinung. Die kirchlichen Betriebe wurden Anbieter von Leistungen und konkurrieren seither grundsätzlich auch mit anderen Trägern. Sie refinanzieren sich über Pflegesätze und gesetzlich geregelte Leistungen. Der kirchliche Eigenanteil ist gering.

Aber der volkswirtschaftliche Effekt

Drei Tage Streik bei der Heidelberger Stadtmission

HEIDELBERG. 15.5.2013. Die Verdi-Haus-tarifkommission der Evangelischen Stadtmission Heidelberg hat einen dreitägigen Streik seit heute sechs Uhr bis Freitag 21 Uhr, beschlossen. Damit wollen die Beschäftigten ihrer Forderung nach einem Tarifvertrag für die Stadtmission mehr Nachdruck verleihen. Bisher hat die Evangelische Stadtmission Heidelberg Tarifverhandlungen mit Verdi abgelehnt. Sie beruft sich nach wie vor auf den kirchenspezifischen „Dritten Weg“. Dieser schließt Verhandlungen mit Gewerkschaften ebenso aus wie Arbeitskampf als Druckmittel der Beschäftigten. Im November 2012 hatte das höchste deutsche Arbeitsgericht geurteilt, dass nur unter bestimmten Bedingungen – die vor Ort in Heidelberg nicht gegeben sind – das Streikrecht in kirchlichen Einrichtungen ausgehebt werden könne und das Koalitionsrecht prinzipiell nicht eingeschränkt werden dürfe. Auf eine Öffnung der Diakonie

Verdi Rhein-Neckar. Bild: Helmut Roos, www.betriebsgruppe-salem.de



ist groß: Er trägt nicht zuletzt durch die speziellen arbeitsrechtlichen Bedingungen zu einer generellen Minderevaluation der in diesen Bereichen angesiedelten Tätigkeiten bei und somit zur Verbilligung z.B. des gesamten Pflegebereichs. Der Anteil des Pflegesektors am Bruttosozialprodukt ist in der Bundesrepublik beispielsweise deutlich geringer als in den skandinavischen Ländern.

Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände müssen dem allgemeinen Arbeitsrecht unterworfen werden – die nichtkirchlichen auch! Die Arbeit muss aufgewertet werden.

Nicht nur der kirchliche Sektor arbeitet unter dem Schild des „Tendenzschutzes“. Es ist fast der gesamte Wohlfahrtssektor, sofern er nicht kommunal oder staatlich ist. Die Instrumentalisierung der Religion in den

hin zu den bewährten Regeln der Tarifpartnerschaft hoffen die Beschäftigten und ihre zahlreichen Unterstützer in und außerhalb der Kirche, so Silke Hansen von Verdi. Mit der sonntäglichen Aktion vor dem Festgottesdienst in der Heiliggeistkirche wurde nochmals gemeinsam mit Diakonie-Beschäftigten der Pfalz darauf aufmerksam gemacht. Verdi hatte wie bei Streiks in Kliniken üblich der Geschäftsführung der Stadtmission Verhandlungen über Notdienste angeboten. Nachdem die Stadtmission diese Verhandlungen abgelehnt hat, organisiert Verdi die Notdienste noch eigenständig. Silke Hansen: „Die Organisation von Notdiensten ist nicht Aufgabe der Gewerkschaft. Sollte die Geschäftsführung in dieser Frage weiterhin nicht einlenken, werden wir spätestens ab morgen die Organisation der Notdienste nicht mehr übernehmen, damit dann jeder sein Streikrecht ausüben kann.“

kirchlichen Betrieben zur anmaßenden Disziplinierung der Mitarbeiter-schaft ist jedoch etwas Besonderes. Die Forderung nach Begrenzung des Tendenzschutzes auf sein eigentliches Kerngebiet, die Befreiung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft insgesamt vom Tendenzschutz, statt dessen die Anwendung des allgemeinen Arbeits- und Tarifrechts sind dringende Forderungen. Ihre Umsetzung wird dazu führen, dass größere Anteile des Bruttosozialproduktes für diese wichtigen Dienstleistungen bereitgestellt werden müssen. Eine verblüffende Folge wirklicher Religionsfreiheit und Begrenzung religiöser Institutionen auf ihren Kernbereich.

Die gewerkschaftliche Bewegung „Für Gute Arbeit“ und für Tarifverträge in den kirchlichen Betrieben ist hier ein wichtiger Beitrag.

Thomas Trüper

„We want our money back!“ – Großbritannien und die EU

Großbritannien gehört selbstverständlich in die Europäische Union. Diese Aussage, die wohl die meisten jüngeren Europäer_innen heute machen würden, entspricht keineswegs dem Selbstbild vieler Britinnen und Briten. In kaum einem anderen Mitgliedstaat – zumal in einem so großen und wichtigen – gibt es so offene Auseinandersetzungen um das Ob eines Verbleibs in der EU. Weist man auf das Jahr des Beitritts Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft hin, so sind nicht wenige Jüngere verblüfft: Erst 1973 – zwanzig Jahre nach Gründung der EGKS – trat Großbritannien bei. Dem waren zehn Jahre lange turbulente Beitrittsverhandlungen vorausgegangen.

Die Europaskepsis hat in Großbritannien Tradition. In der sehr erfolgreichen Fernseh-Comedy-Serie „Yes, Minister“, die in den 1980er Jahren auch über die Insel hinaus große Beliebtheit erlangte, gelingt dem lebenswert-trotteligen britischen Minister Jim Hacker irgendwann der große politische Coup: Er setzt sich an die Spitze eines heldenhaften Kampfes um die Rettung des britischen Würstchens. Die Brüsseler Bürokratie droht nämlich damit, dem Identitätsnahrungsmittel wegen seines geringen Fleischanteils den Titel „Würstchen“ abzuerkennen. Die öffentliche Entrüstung spült den Helden der Serie schließlich in Number 10 Downing Street, den Amtssitz des britischen Premierministers.

Die Geschichte ist freilich erfunden. Dass sich mit „Europa-Bashing“ in Großbritannien aber leicht politisches Kapital schlagen lässt, ist nicht nur Stoff für Comedy-Serien.

Frühe Beitrittskepsis

Anders als man denken könnte, war Großbritannien nicht Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften. Als 1957 die Römischen Verträge unterzeichnet wurden, hatte Großbritannien seine Orientierung hin auf das British Empire noch nicht ganz verwunden; noch 1956 hatte das Land in der Suez-Krise interveniert und suchte im Nachgang noch nach seiner Rolle in der Welt. Schon bald aber wurde klar, dass die weltwirtschaftlichen Verhältnisse einen handelspolitischen Alleingang Großbritanniens nicht mehr erlaubten. Daher kam es 1960 zur Gründung der European Free Trade Association (EFTA), einer Freihandelszone ohne politische Integrationskomponente, in der Großbritannien eine Führungsrolle spielte. Weitere Mitglieder wurden zunächst Dänemark, Norwegen,

Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz. Bereits nach kurzer Zeit wurde aber klar, dass die Organisation nicht das erwünschte wirtschaftliche Gegengewicht zu den EG bilden würde. Da sich die wirtschaftliche Lage in Großbritannien weiter verschlechterte, stellte das Land 1963 doch noch einen Aufnahmeantrag in die Europäischen Gemeinschaften.

Zehn Jahre Warten – und dann lieber doch nicht?

Doch diesmal war es Frankreich unter der Führung von Charles de Gaulle, das die Brit_innen nicht mit dabei haben wollte. In einer legendären Pressekonferenz verkündete de Gaulle, Frankreich werde sein Veto gegen den britischen Beitritt einlegen, schließlich habe Großbritannien „in all seinem Tun sehr eigenwillige Gewohnheiten und Traditionen“. Dieses Veto währte letztlich zehn Jahre.

Erst de Gaulles Nachfolger Georges Pompidou war ab Ende der 1960er Jahre etwas britenfreundlicher. Das nahm Premierminister Harold Wilson, Mitglied der sozialdemokratischen Labour Party, zum Anlass wieder fleißiger zu verhandeln und die Grundlagen für einen Beitritt des Vereinigten Königreichs zu legen. Als das Land 1973 dann tatsächlich beitrat, war aber bereits das europafreundliche Mitglied der konservativen Tories, Edward Heath, im Amt. Wilson hatte es inzwischen in die Opposition verschlagen und er war dort zum Europakritiker mutiert. In einem hitzigen Wahlkampf gegen Heath, in dem es nicht zuletzt um den umstrittenen EG-Beitritt ging, machte sich der wiederauferstandene Wilson zum Anwalt der Europaskeptiker. Er versprach, die Beitrittsbedingungen in Brüssel nachzuverhandeln und eine Volksabstimmung über den EG-Verbleib Großbritanniens abzuhalten. Dieser Coup machte den Vorgänger Edward Heaths auch zu dessen Nachfolger im Amt des Premierministers.

Harold Wilson war auf dem Anti-Europa-Ticket gefahren – ganz wie der fiktive Jim Hacker. Dass das ein ziemlich sicherer Fahrschein zum politischen Erfolg ist, gehört inzwischen zum politischen Allgemeinut in Großbritannien. Das Referendum kam dann 1975 auch und brachte – überraschend – eine über 60 %ige Zustimmung der Brit_innen zur EG. Die Hürde war also genommen: 16 Jahre nach Unterzeichnung der römischen Verträge war nun auch Großbritannien mit von der Partie; wenn auch nur auf Umwegen.

„We want our money back!“ – der Britenrabatt

Aber nicht nur die Labour Party war nach dem Beitritt für europapolitische Pirouetten zu haben. Die Nachfolgerin Edward Heaths an der Spitze Tories, die spätere Premierministerin Margaret Thatcher, profilierte sich wie keine andere als Europagegnerin.

Ein besonderer Dorn im Auge war Thatcher Großbritanniens Status als sogenannter Nettozahler im EU-Haushalt. Der Haushalt der Europäischen Union wird fast ausschließlich aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert. Wiederum der völlig überwiegende Teil dieser Beiträge fließt wieder in die Mitgliedstaaten zurück – und zwar im Wesentlichen über die beiden großen Posten der unionsweiten Agrarförderung und der Struktur- und Kohäsionsmittel. Letztere werden nach der Wirtschaftskraft verteilt, erstere nach der Größe des Agrarsektors der Mitgliedstaaten. Diejenigen Länder, die mehr Beiträge bezahlen, als später über Agrar- oder Struktur-Fördermittel zurückfließen, sind „Nettozahler“. Und daher rührte auch die Annahme Thatchers, die EG-Mitgliedschaft sei für Großbritannien ein „Bad Deal“. Von den Agrarsubventionen nämlich profitierten hauptsächlich Frankreich und – in etwas geringerem Maße – Deutschland mit ihren großen Agrarmärkten, während die Landwirtschaft auf den britischen Inseln nicht annähernd eine so große Rolle spielt.

Der von Thatcher 1984 ausgehandelte „Brittenrabatt“ sah danach vor, dass zwei Drittel des Betrages, den Großbritannien mehr einzahlte, als über die europäischen Fördermittel zurückfloss, dem Land erlassen würden. Thatcher verkaufte diesen Coup politisch mit dem Schlagwort, es gehe ja nicht darum, dass Großbritannien Geld von der EG haben wolle, sondern dass es darum gehe das eigene Geld wiederzubekommen. Daher auch der legendäre Spruch „we want our money back!“. Dieser Britenrabatt, der in ähnlicher Form bis heute gilt, war und ist beträchtlich. Zu den besten Zeiten betrug der Großbritannien erlassene Betrag umgerechnet 7,3 Milliarden Euro.

Thatcher stolpert über Europa, Major auch: aber jeweils anders herum

Gegen Ende ihrer Amtszeit profilierte sich Thatcher noch einmal deutlich antieuropäisch. Der Vorschlag zur Einführung einer gemeinsamen Währung wurde von ihr mit Verve bekämpft.

Die Einführung einer einheitlichen Währung in Europa, so rief sie noch 1990 auf einem Parteitag der Tories aus, „that would be entering a federal Europe through the back-Delors“. Diese Idee sei also die Einführung eines Europäischen Bundesstaates durch die Hintertür. Das Wortspiel mit der „back-Delors“ galt dabei dem EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, einem von Thatchers Intimfeinden. Die bereits stark umstrittene Tory-Premierministerin wurde noch im selben Jahr aus den eigenen Reihen gestürzt. Einer der vielen Gründe war dabei auch, dass ihre innerparteilichen Gegner ihren strammen Anti-Europakurs nicht mehr mittragen wollten. Deren europafreundlicher Frontmann John Major folgte ihr dann auch im Amt des Premierministers nach. Major versuchte im Nachgang dann auch die Tories auf einen europafreundlichen Kurs einzuschwören, was aber auf ganzer Linie misslang. Noch 1991 musste Major stattdessen in Brüssel verhandeln, dass Großbritannien der Währungsunion fernbleiben würde. Der Europafeind wider Willen hielt sich dennoch bis 1997 im Amt, bis er vom dem Grunde nach europafreundlichen Chef der Labour-Party Tony Blair abgelöst wurde.

Lissabon minus

Aber auch Blair war gegen Machtemonstrationen zur Beibehaltung des „Brittenrabatts“ nicht immun. Nachdem er 2005 fast einen EU-Haushaltsgipfel zum Platzen brachte, lies sich Blair aber letztlich doch auf eine moderate Verringerung des „Brittenrabatts“ ein – nicht ohne innenpolitische Kosten.

Blairs Labour-Nachfolger im Amt, Gordon Brown, verhandelte schließlich die Teilnahme Großbritanniens am Lissabon-Vertrag. Die Verabschiedung einer „kleinen Verfassung“ für Europa war in Großbritannien innenpolitisch ein heißes Thema gewesen. Deutlichstes Symbol dieser Anti-Europa-Stimmung in der Debatte um die EU-Verfassung wurde, dass Großbritannien unter Gordon Brown nicht zuletzt auf Druck der Tory-Opposition, die EU-Grundrechtecharta nicht unterzeichnete und sich weitere Ausnahmen von den Lissabon-Regeln vorbehielt. Der Tory-Opposition unter David Cameron ging dieser Kompromiss aber nicht weit genug. Nach den Europawahlen 2009 entschieden sich die Tories unter Drängen Camerons dazu, aus der gemeinsamen konservativen Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europaparlament auszutreten. Diese bildet seitdem mit den tschechischen Nationalisten und anderen eine europakritische rechtskonservative Fraktion im EU-Parlament.

Europa wurde im Wahlkampf Brown

gegen Cameron wieder zum Thema. Und wieder siegte (ganz nach der „Jim Hacker-Regel“) der Europakritiker. David Cameron zog in die Downing Street ein.

„We have the character of an island nation!“

Zunächst sah es ganz so aus, als ob David Cameron von seiner europafeindlichen Oppositionszeit abrücken wollte. Doch im Jahre 2012, nachdem sich Cameron auf eine weitere Verringerung des Britenrabatts eingelassen hatte, unterlag er im britischen Unterhaus gegen die Stimmen der inzwischen wieder europakritischen Labour Party und abweichender Teile seiner eigenen Partei, mit einem nicht bindenden Antrag, den von ihm verhandelten EU-Haushalt abzusegnen. Cameron wurde dann mit dem Auftrag, den EU-Haushalt nachzuverhandeln wieder nach Brüssel geschickt.

Das nahm Cameron dann Anfang 2013 zum Anlass, die Wende von der Wende zu machen. Mit einer europapolitischen Grundsatzrede kündigte er an, bis spätestens 2017 eine Volksabstimmung über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union durchführen zu wollen. Hintergedanke dabei dürfte gewesen sein, dass Cameron im nächsten Wahlkampf nicht mit einer entsprechenden Forderung aus der Opposition konfrontiert werden möchte. So etwas hatte in

einer ähnlichen Konstellation einen seiner früheren Vorgänger, Edward Heath, Mitte der 1970er Jahre ja schon einmal aus dem Amt befördert.

Begründet hat Cameron diesen Schritt des Referendums unter anderem mit einem interessanten Argument: „We have the character of an island nation!“ (Wir haben den Charakter einer Inselnation“). Europa skeptisch zu begegnen, sei für die Brit_innen also mehr oder weniger ganz natürlich. *Jonas Bens*

Der Artikel ist bereits online unter www.europa-links.eu erschienen.

Zum Weiterlesen:

Krupa, Matthias (2013): *Ein Königreich für Europa*, Die Zeit vom 10. Februar. Abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2013/06/Grossbritannien-EU-Beitritt-Geschichte>

Krätke, Michael (2013): *Die Angst vor Europa*, Der Freitag vom 25. Januar. Online abrufbar unter: <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-angst-vor-europa>

Sotschek, Ralf (2013): *Cameron dreht der EU eine Nase*. Die Tageszeitung vom 23. Januar. Online abrufbar unter: <http://www.taz.de/!109630/>

Großbritanniens EU-Skepsis hat Tradition. in: Die Presse vom 23. Januar. Online abrufbar unter: http://diepresse.com/home/politik/eu/1336010/Grossbritannien_EUSkepsis-hat-Tradition-

Vorgestellt: Landschaftswissenschaft

Die Beschäftigung mit dem Thema „Landschaft“, eigentlich eher als Hintergrund im Zusammenhang mit unseren Diskussionen um Regionalplanung und -entwicklung gedacht, erhält derzeit einen ziemlich aktuellen Bezug. In Baden-Württemberg will die grün-rote Landesregierung im Nordschwarzwald einen „Nationalpark“ einrichten, das Projekt ist aber heftig umstritten.

Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg, geführt vom grünen Minister Alexander Bonde, beschreibt das Projekt so: „Was ist ein Nationalpark? Nationalparke sind klar definierte Landschaften, in denen Natur Natur bleiben darf. Sie schützen Naturlandschaften, indem sie die Eigengesetzlichkeiten der Natur bewahren und Rückzugsgebiete für wilde lebende Pflanzen und Tiere schaffen. Sie sind großflächig, damit sie ganze Ökosysteme erfassen und diese sich vom Menschen weitgehend unbeeinflusst entwickeln können.“

Um den dramatischen Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen, braucht es solche Räume. Deshalb war ein Nationalpark schon Bestandteil in der von der schwarz-gelben Landesregierung 2010 verabschiedeten Naturschutzstrategie. Die grün-rote Landesregierung ist überzeugt, dass ein Nationalpark nicht nur eine Bereicherung für die biologische Vielfalt und die Natur insgesamt im Lande darstellen würde, sondern auch, dass von einem solchen Alleinstellungsmerkmal positive strukturelle Impulse für Tourismus, Einzelhandel und Gewerbe im Nordschwarzwald ausgehen würden. Deshalb ist die Landesregierung bereit, die beträchtlichen Investitionen zu tätigen, die ein alleine vom Land finanzierter Nationalpark bedeuten würde. Die Entscheidungsalternative, nämlich die zusätzliche Ausweisung weiterer Bannwälder, wäre für das Land zwar kostengünstiger, würde aber dem Nordschwarzwald keinerlei wirtschaftliche Impulse geben. Die Lan-

desregierung bekennt sich daher auch dazu, dass ein solcher Nationalpark aus der Region mitgetragen werden muss. Diesen Meinungsbildungsprozess versucht die Landesregierung derzeit zu gestalten.“

Bei dieser „Gestaltung des Meinungsbildungsprozesses“ hat die grün-rote Landesregierung jetzt eine herbe Niederlage einstecken müssen: Am 12. Mai fanden in sechs Gemeinden, die im „Suchraum“ des künftigen Nationalparks liegen, Bürgerbefragungen statt. Das Ergebnis war eindeutig: 75,8% der Bürgerinnen und Bürger lehnten den Nationalpark ab; die Wahlbeteiligung war mit über 50% höher als bei Kommunalwahlen; die befragten Gemeinden repräsentieren rund 72 Prozent der in einem Gutachten der Landesregierung beschriebenen Suchraumfläche. Inzwischen haben die ersten Gemeinderäte und Bürgermeister, die zuvor eher für den Nationalpark waren, die Landesregierung aufgefordert, das Projekt abzubereiten und den Bürgerwillen zu respektieren. Die Reaktion der Landesregierung: Sie will das Projekt durchziehen; der Landtag habe die Entscheidungshoheit und nicht die betroffenen Gemeinden, allenfalls nehme man einzelne Flächen aus.

Die Auseinandersetzung ist schroff und vom Tonfall ähnlich wie bei der Auseinandersetzung um das Verkehrsprojekt Stuttgart 21. Aber dort war der Widerstand grün-alternativ dominiert, jetzt ist er mehr im konservativen Milieu angesiedelt.

Die Argumentationen sind auf beiden Seiten sehr emotional. Die Befürworter berufen sich auf den „Schutz der Natur“ (oft mit dem Zusatz, der „Schöpfung“), wohinter dann andere Interessen, einschließlich der Demokratie, zurückzutreten hätten. Die Gegner appellieren an Gefühle gegen Eingriffe ins Eigentum („für unsere Kinder, für unsere Heimat, für unsere Natur, für unseren Nordschwarzwald“) und zeigen Bilder von abgestorbenen Nadelbäumen, Folge einer zu erwartenden unkontrollierten Ausbreitung des Borkenkäfers (siehe Internetseite: www.unser-nord-schwarzwald.de).

Die gegenseitigen Verdächtigungen und Verschwörungstheorien bleiben nicht aus. Die Landesregierung wolle ein „Prestigeprojekt“. Mit der Schaffung von rund 80 zusätzlichen Stellen ginge es um die Versorgung von Grünen mit Posten. Umgekehrt wird den Gegnern vorgeworfen, sie würden aus wirtschaftlichen Interessen (Holzindustrie, Sägewerke) dem Naturschutzgedanken widersprechen oder noch schlichter, es seien Hilfstuppen der CDU, die Rache für die verlorene Landtagswahl nehmen wollen. Die CDU selber ist gespalten: eine Minderheit befürwortet den Nationalpark; die Landtagsfraktion lässt sich die Gelegenheit nicht entgehen, auf den

Konflikt zwischen der Mehrzahl der Betroffenen und der Landesregierung hinzuweisen.

Warum ist der Streit so heftig? Es geht letztlichumeinePlanungsentscheidung, ob die Menschen, die im Nordschwarzwald leben, dort eine wirtschaftliche Zukunft haben. Der traditionelle Tourismus (ältere Ehepaare aus dem Ruhrgebiet suchen Sommerfrische) ist schon länger am Ende. Neue Konzepte wurden bislang eher im Luxussegment gesucht (Drei-Sterne-Restaurants und Wellness-Urlaub), was aber auf Dauer keine ausreichend breite und stabile Basis bietet. Die Übernachtungszahlen im Landkreis Freudenstadt sind seit dem Jahr 2000 von knapp 2,1 Millionen jährlich kontinuierlich bis 2011 auf knapp 1,7 Millionen zurückgegangen. Die Holzwirtschaft bleibt ein wichtiger Bestandteil der regionalen Wirtschaft, bietet aber keine Beschäftigung in großem Umfang. Die Landwirtschaft ist wie überall in Deutschland nur noch eine Nische, nicht was die Produkte anbetrifft, aber die Zahl der Beschäftigten. Es ist also durchaus sinnvoll und nötig, über ein Entwicklungskonzept für dieses Gebiet nachzudenken und in politisches Handeln umzusetzen.

Die Auseinandersetzung ist verfahren. Auch Gutachten dafür und dagegen, die eine Versachlichung bewirken sollen, werden nach bekanntem Muster nur noch zur Untermauerung der jeweils eigenen Position benutzt.

Hier soll jetzt keine Position für oder gegen den Nationalpark Nordschwarzwald bezogen werden, dazu fehlen (bislang noch) die Sachkenntnisse. Vielmehr geht es darum, zunächst einmal die zugrunde liegenden Probleme zu verstehen. Zum Glück gibt es Literatur, die da weiterhelfen kann und deren Autoren nicht aufgrund ihrer politischen Orientierung in einem schlichten Pro- oder Kontraverhältnis stehen. Wir wollen im Folgenden einen Autor vorstellen, der „Naturschutz“ versucht mit wissenschaftlichen Mitteln zu diskutieren ohne Rückgriff auf Religion („Schöpfung bewahren“) oder technikfeindliche Grundhaltung („die Industrie zerstört ...“) und der andererseits aber nicht Naturschutz einfach als „Kostenfaktor“ beiseiteschiebt.

Hansjörg Küster, 1956 geboren, ist Professor für Pflanzenökologie am Institut für Geobotanik der Leibniz Universität Hannover. Sein im vorigen Jahr erschienenes Buch „Die Entdeckung der Landschaft. Einführung in eine neue Wissenschaft“ ist eine auch für Nichtbiologen gut verständliche Darstellung. Der Autor versteht sich nicht als enger Fachwissenschaftler. Er betont, dass zu dem Thema ein Zugang gehört, „in dem naturwissenschaftlichen Untersuchungen und Bestandsaufnahmen genauso Platz haben wie die Auswertung von historischen Dokumenten, die Analyse

von Landschaftsmetaphern und Aspekte des Denkmalschutzes“.

Küster beginnt mit Begriffsbeschreibungen und weist da auf Widersprüche hin: „Natur ist einerseits das natürliche Prinzip, das hinter allen Entwicklungsprozessen der Erde, auch dem Leben steht. Andererseits gibt es eine ‚schöne Natur‘, für deren Stabilität sich Menschen einsetzen. Beide Ansichten über Natur widersprechen sich. Das natürliche Prinzip schließt das Werden und Vergehen von unbelebten Strukturen und des Lebens ein, die ‚schöne Natur‘ indessen soll sich gerade nicht wandeln, sondern gewissermaßen eine stabile Kulisse für das Leben der Menschen sein ... Aus wissenschaftlicher Sicht muss man vom Wandel der Natur, vom Werden und Vergehen ausgehen. Die Bewahrung von ‚schöner Natur‘ ist immer nur dann möglich, wenn man aus ästhetischen oder ethischen Gründen mit geeigneten (kulturellen) Mitteln gegen natürlich Entwicklungen vorgeht.“ „Schöne Natur“ ist eine Interpretation einer bestimmten Landschaft, eine Metapher, ein bildlicher Begriff. Zum Beispiel „Lüneburger Heide“: Eine Waldregion wurde durch Weidenutzung und Brennstoffgewinnung zu einem Extremstandort, heute empfinden sie viele Menschen als ‚schöne Natur‘, und es werden aufwendige Pflegemaßnahmen geleistet, damit dieses Bild bestehen bleibt.

Die Landschaft ist nach Küster nicht nur durch die Naturerscheinungen bestimmt, die sich ohne Einwirken des Menschen entwickeln. Diese Prozesse laufen zum Teil sehr langsam ab (geologische Änderungen), auch die ebenfalls kaum merkliche, aber vergleichsweise raschere Evolution von Pflanzen und Tieren läuft ständig und ist nie abgeschlossen. Manchmal gibt es auch abrupte Änderungen (soweit Menschen betroffen sind: Naturkatastrophen). Dazu kommt das Einwirken des Menschen, der weitere Entwicklungen anstößt, die dann ebenfalls wieder naturgemäß (also evolutionär) ablaufen. Außerdem gehört zur Landschaftsentwicklung die Kultur, sei es eine Gestaltung durch Nutzung des Landes, eine Gestaltung nach ästhetischen Gesichtspunkten und schließlich die Interpretation der Landschaft durch Kunst, Werbung, im Selbstverständnis der dort lebenden Menschen, den touristischen Blick usw.

Von besonderem Interesse ist das Zusammenspiel von natürlichen Prozessen und Handeln der Menschen. Küster stellt das allgemein und historisch dar. Seine These:

„Menschen stemmen sich gegen jegliche Dynamik, sie wollen in einer stabilen Umwelt leben ... Nur mit großen Anstrengungen kann es gelingen, eine Zeitlang Stabilität zu erreichen und, bildlich gesprochen, Haus und Hof zu bewahren.“ Der menschliche Einfluss

änderte sich im Lauf der Zeit mehrfach, dadurch dass neue Formen des Ressourcenerwerbs und der Landnutzung hinzutraten. Küster schildert die Entwicklung von Jägern und Sammlern über Bauern, die jeweils die Umwelt prägten. Die Herausbildung von Staatswesen (in den Gegenden, in denen der Ackerbau Bewässerung erforderte und damit Verwaltungen) führte zu einer weiteren Form der Einflussnahme auf die Umwelt (Infrastrukturen wie Straßen, Kanäle, Städte). Biologische Untersuchungen (Pollenanalysen) und geschichtliche Darstellung ergeben ein Bild von diesen Wechselbeziehungen.

Ausführlich geht Küster auf die Situation am Übergang zur Industriegesellschaft ein: Er spricht von einer „Landnutzungs- und -degradationskrise“ in Mittel- und Westeuropa. Das Bevölkerungswachstum stagnierte, die Wälder waren von Übernutzung bedroht, da Holz die zwar regenerative, aber eben doch begrenzte Energiequelle für Heizung, Metallgewinnung usw. war, und daneben als Baustoff benötigt wurde. Die Krise wurde durch eine Reform der Lebensweise und Landnutzung gelöst. Das war ein ganzes Bündel: Neue Verkehrswege; effektivere Landnutzung durch Zusammenlegung der zuvor meist in langen Streifen bewirtschafteten Ackerflächen (Verkoppelung); Abschaffung der Dreifelderwirtschaft und Ersatz durch Fruchtfolgewechsel; Beseitigung der Allmende fürs Vieh; Freisetzung von Arbeitskraft; Einführung der Schulpflicht für Kinder; Reglementierung der Waldnutzung und gezielte Forstwirtschaft (das Prinzip der „Nachhaltigkeit“ bezüglich der Waldnutzung wurde im 18. Jahrhundert von einem Bergwerksingenieur veröffentlicht). Eine interessante These, die aber vom Autor einleuchtend belegt wird: Landreform und Industrialisierung ergänzten sich in unerwarteter Weise. Die Dampfmaschine revolutionierte auch die Landnutzung, es war damit möglich mehr landwirtschaftliche Produkte für eine stark wachsende Bevölkerung zu liefern. Die Kohle, die man dank der Dampfmaschine auch aus größeren Tiefen holen konnte, setzte der Übernutzung der Wälder ein Ende, die Waldflächen nahmen wieder zu. Der Mineraldünger, der jetzt industriell herstellbar war, führte ebenfalls zu einer erheblichen Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge.

Die industriell-agrarische Revolution verbesserte das Leben auf dem Lande erheblich. Die Bauern wurden im Durchschnitt wohlhabend und die ländlichen Idyllen, die man heute als „traditionelle Kulturlandschaft“ empfindet (von den damaligen Zeitgenossen fälschlich oft als „Wiederbelebung“ des Mittelalters beschrieben), entstanden in dieser Zeit: Das Wirtshaus, das Schulhaus, das Feuerwehrhaus, der Koloni-

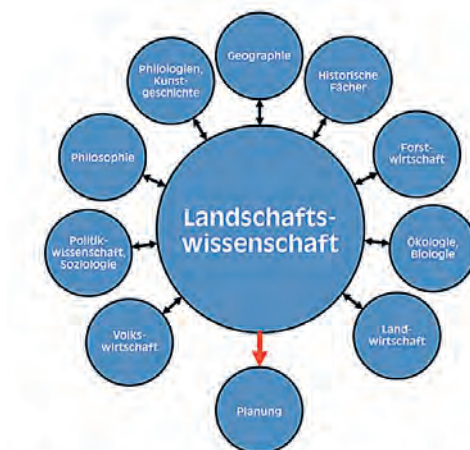


Abb. 1-3 Stellung der Landschaftswissenschaft zwischen ihren Nachbarfächern. Sie ist Grundlage für die (Landschafts-)Planung.

alwarenladen (=Waren, die es nicht im Lande gab) im Dorf – all das wird heute in den bauerlichen Freiluftmuseen präsentiert als Ausdruck der „guten, alten Zeit“.

Bemerkenswert findet Küster, dass mit dieser Reform des Landnutzungssystems zum ersten Mal gelungen ist, „eine tiefgreifende Krise der Landnutzung dort zu überwinden, wo sie aufgetreten war. Das war im Zweistromland ebenso wenig gelungen wie in den Staaten der Antike am Mittelmeer.“

Zur Jetztzeit liefert Küster ebenfalls Beschreibungen zum Zusammenhang Landnutzung und Landschaftsgestaltung – naturgemäß spekulativer als im Rückblick, da die Gegenwartsbeschreibung immer mit dem Blick in eine unbekannte Zukunft verknüpft ist (und mit Entscheidungsnotwendigkeiten in diese Richtung). Unstrittig sind die enormen Änderungen der Landnutzung durch das (weltweite) rasche Wachstum von Städten, von Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen. Die Landnutzung für die Agrarwirtschaft konzentriert sich; neben Nahrungs- und Futterpflanzen tritt der Anbau von Energierohstoffen. In Europa werden die einzelnen „Kompartimente der Landschaft“ strikter getrennt: „Die einen sind für intensive Nutzung vorgesehen, die anderem dem Naturschutz vorbehalten.“ Dadurch entstehen neue Probleme: „Versteht man unter Naturschutz eine Konservierung von Landschaft eines überkommenen Systems durch rechtliche Anordnung, wird damit ein Nebeneinander von Gebieten gefördert, die unterschiedlichen Landnutzungs- und Landschaftssystem angehören. In Landschaften bestehende traditionelle Zusammenhänge zwischen einzelnen Nutzungsbereichen werden dabei aufgelöst.“

Küster sieht hier eine krisenhafte Entwicklung. Da diese Separation der Landnutzungen ständig „steigende Mobilität, Mechanisierung, Metropol- und Regionalisierung und Marginalisierung von abgelegenen Gebieten“ voraussetzt, komme das auf Dauer in Konflikt mit der endlichen Menge an verfügbaren fossilen Energierohstoffen. Küster

Küster, Hansjörg.

Die Entdeckung der Landschaft. Einführung in eine neue Wissenschaft.

Verlag C.H.Beck, 2012, 364 Seiten, 17,95 Euro. Vom Autor sind weitere lesenswerte Bücher zum Thema erschienen: „Die Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa. Von der Eiszeit bis zur Gegenwart“ (1999, Neuauflage 2010). „Geschichte des Waldes Von der Urzeit bis zur Gegenwart“ (2003). „Das ist Ökologie. Die biologischen Grundlagen unserer Existenz.“ (2005)

ist allerdings äußerst vorsichtig, was Lösungsmöglichkeiten anbelangt, er erhebt eher Einwände gegen derzeit kursierende Lösungen. Der weltweit weiterhin wachsende Bedarf an Nahrungsmitteln spräche gegen den Anbau von Energierohstoffen auf Ackerflächen ebenso gegen das Aufstellen von Solarpaneelen auf Feldern.

Skepsis äußert Küster gegenüber den Konzepten für Schutzgebiete. Der Aufwand an Arbeitskraft, Geldmitteln und fossiler Energie sei beträchtlich. Das „Wildnis-Konzept“, ein Schutzgebiet wird sich selbst überlassen, sei zwar billiger, aber die Eigenheiten der Landschaft, die zahlreichen Arten von Pflanzen und Tieren, die dort vorkommen, weil dort auf bestimmte Weise Landnutzung betrieben wurde, verschwinden in dem sich in der Sekundärsukzession bildenden Wald.

Bedenkenswert, was Küster zum Zusammenhang von politischen Konzepten und Landnutzung ausführt: „Alle Diktaturen des 20. Jahrhunderts förderten die Ideen von geplanter Mobilität über große Distanzen, die Versorgung durch Großkraftwerke und die Schaffung immer noch größerer Agrarflächen. Die real vorhandenen Potentiale von Landschaften wurden zu wenig beachtet, und es wurde versucht, ein System als Ganzes innerhalb von kurzer Zeit durchzusetzen ... In früheren Zeiten wurde stets von den Potentialen der Landschaft ausgegangen, stets wurde mit kleinen Einzelmaßnahmen der Innovation begonnen, aus denen sich erst später ein neues System von Landnutzung zusammensetzte.“

Dem Autor ist sicher recht zu geben, wenn er sagt, dass es bei dem Zusammenhang von Landnutzung und Landschaft noch „intensiver Erforschung und Erörterung bedarf“. Auf jeden Fall ist es ein spannendes Thema, denn „Landschaften sind einmalig. Sie sind nicht nur schön, und sie haben nicht nur Wert als Biotop, in den bestimmte seltene Tiere und Pflanzen vorkommen: Landschaften haben eine wichtige kulturelle Bedeutung.“

Alfred Küster

Inhalt

Aktuelle Meldungen	2
Zensus I: Weniger als gedacht • Zensus II: gescheiterte Bildung • Aufruf: Ge-meint sind wir alle!	
Linke: Herbe Verluste und kleine Leuchttürme	4
Deutsche Panzerlieferung nach Indonesien: Fatales Signal an Jakarta	6
Banger Blick auf die Gezi-Proteste	7
Auslandsnachrichten	8
Kroatien: Streik bei Fluglinie • Grie-chenland: Regierung verbietet Lehrer-streik • Tunesien: Solidarität für Hafenbeschäftigte • Unterstützung für ägyptische Kollegen • Gaza: Solidari-tätsfonds für Busarbeitergewerkschaft • Bangladesch: Brandschutzabkommen unterzeichnet • Indonesien: Sieg über Adidas • Hongkong: Hafenbeschäftigte zeigen Solidarität • China: Wieder drei Selbstmorde bei Foxconn • Guatemala: Gerechtigkeit für ermordete Gewerk-schafter	
Aktionen ... Initiativen	10
Gedenktafel in Erinnerung an die Toten des deutschen Asylsystems an Hambur-ger Innenbehörde angebracht • Sobi-bór-Gedenken trotz DB-Forderungen • Anti-Atom-Bewegung nicht beim Endla-gerforum • Blockupy: Kraftvolle Protes-te gegen europaweite Verarmungspolitik	
Kommunale Politik	12
Keine Privatisierung der Wirtschaftsför-derung: Bochum. • Hafengesellschaft rekommunalisieren: Lübeck. • Linke Ratsfraktionen strebt Kommunalisie-rung des ÖPNV an: Lüneburg. • Rechts-anspruch auf Kita-Platz muss gesichert sein: Chemnitz. • Zensus: Übergangsre-gelungen schaffen, um finanzielle Aus-wirkungen abzufedern: Berlin	
Köln: Offener Brief an Phantasialand	13
Von der Altbauanierung des Geistes zur „Gentrifizierung“ der Philosophie	13
Industrielle Prozess- und Produktionsstruktu-ren im Umbruch – Neue Herausforderungen für die Industriegewerkschaften	14
Schwarze Listen im englischen Bausektor	16
Wirtschaftspresse	17
Bundesarbeitsgericht bestätigt Kündigung eines Mannheimer Caritas-Mitarbeiters wegen Kirchnaustritts	17
Drei Tage Streik bei der Heidelberger Stadtmission	
„We want our money back!“ – Großbritannien und die EU	20
Vorgestellt: Landschaftswissenschaft	21

Neu erschienen bei Rosa-Luxemburg-Stiftung: Zypern – Es geht nicht ohne Selbstkritik

Bei der Rosa Luxemburg Stiftung ist als Online-Publikation in der Reihe „Standpunkte“ eine Analyse von Julian Marioulas zur Situation der ehemaligen Regierungs-partei Zyperns, der kommunistischen AKEL, erschienen. Wir zitieren Auszüge:

Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich die reformkommunistische AKEL, die bis Februar 2013 noch den Regie-rungschef stellte, als stärkste Gegnerin der nun anstehenden Austeritätspo-litik positionieren. Ihre AnhängerIn-nen haben den Protest bereits auf die Straße getragen. Dabei sollten sich die KommunistInnen daran erinnern, dass sie für die zyprische Misere mit-verantwortlich sind. Nur dann werden sie in der Lage sein, eine Perspektive zu erarbeiten, die aus dieser Krise her-ausführt.

Unter den europäischen Linkspar-teien war und ist die zyprische Fort-schrittspartei des werktätigen Volkes (Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou, AKEL) ein Sonderfall. Nicht nur, weil sie auch nach 1991 ihre kommunistische Identität beibehielt. Ihrem Selbstverständnis nach war und ist die AKEL primär durch den Kampf um Souveränität geprägt – zunächst gegen die britische Kolonialherrschaft, nach der Unabhängigkeit im Jahr 1960 dann gegen griechische und türkische NationalistInnen.

Jenseits aller Ideologie und überkom-mener Namen für Parteigremien hat sich jedoch schon lange Pragmatismus in der Partei eingestellt. Giannakis Colokasidis erklärte als Mitglied des Politbüros, des höchsten Parteigre-miums, die Partei werde auf Zypern solange keine revolutionäre Politik verfolgen, solange international der Kapitalismus herrsche.

Neben der konservativen-liberalen Demokratischen Versammlung (DISY) ist die AKEL seit der türkischen Invasi-on 1974 die bestimmende Partei auf der Insel. Sie ist stark in den gesellschaft-lichen Institutionen Zyperns verankert und verfügt über eine Wählerbasis, die weit über traditionelle linke Milieus hinausreicht.

Der Umstand, dass die AKEL Teil eines etablierten Parteiensystems ist, geht einher mit einer institutionellen Korruption. Die AKEL ist nicht nur durch den Fall eines Parlamentariers betroffen: Der ihr verbundenen Ge-werkschaftsvereinigung PEO wurden 193 000 Euro an Schulden erlassen, und

eine ebenfalls den Kommunisten nahe-stehende Hotelgesellschaft konnte sich gar einer Schuldenlast von 2,8 Millio-nen Euro entledigen.

Als Dimitris Christofias 2008 als erster Kandidat der AKEL das Amt des zyprischen Präsidenten über-nahm, stellte er die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der türkisch-zyprischen Seite ins Zentrum seiner Politik. Mit diesem Projekt ist er ge-scheitert. Schwerer noch als die Tatsa-che, dass Christofias den schon 80 Jahre dauernden antikolonialen Kampf sei-ner Partei nicht zu einem erfolgreichen Ende bringen konnte, lastet ein anderer Makel auf seiner Präsidentschaft.

Am 11. Juli 2011 explodierten Contai-ner voller Munition auf der Marineba-sis Evangelos Florakis, wenige hundert Meter vom größten Energiekraftwerk der Insel entfernt. 13 Menschen star-ben, und das Kraftwerk wurde stark beschädigt. Die Schadenshöhe betrug rund zehn Prozent des jährlichen BIP Zyperns. Die Container gehörten zu einer zwei Jahre zuvor konfiszierten illegalen Waffenlieferung des Iran an Syrien. Christofias selbst hatte, dem veröffentlichten Untersuchungsbe-richt zufolge, dem syrischen Präsident al-Assad die Aufbewahrung der Muni-tion versprochen und ihre Vernichtung verhindert, obwohl er über die Gefah-ren der Lagerung informiert gewesen sei.

Den Kommunisten ist zu bescheini-gen, dass sie die Sparmaßnahmen zwar als notwendiges Übel akzeptieren, dass sie diese aber inhaltlich nicht vertre-ten haben. Das entbindet sie jedoch nicht von der Verantwortung, ihre Re-gierungspolitik der vergangenen fünf Jahre einer gründlichen Analyse zu unterziehen und sich dabei der un-lieblichen Tatsache zu stellen, dass es eine von der AKEL geführte Regierung war, die Mitschuld an der zyprischen Misere trägt. Bislang hat sie es voll-ständig versäumt, Verantwortung für die eigene Politik zu übernehmen und Fehler nicht nur im globalen Kapi-talismus zu suchen. Die AKEL sollte aber noch einen Schritt weitergehen und ihre Rolle im politischen Gefüge der Insel überdenken. Dies heißt nicht, Abschied von der kommunistischen Identität zu nehmen, aber es reicht für ihre EntscheidungsträgerInnen nicht länger aus, den Kommunismus als Her-zensangelegenheit zu betrachten.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 4. Juli 2013.

Redaktionsschluss: Freitag, 28. Juni.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine:

1. August, 12. Sept., 10. Okt., 7. Nov., 5. Dez. 2013,